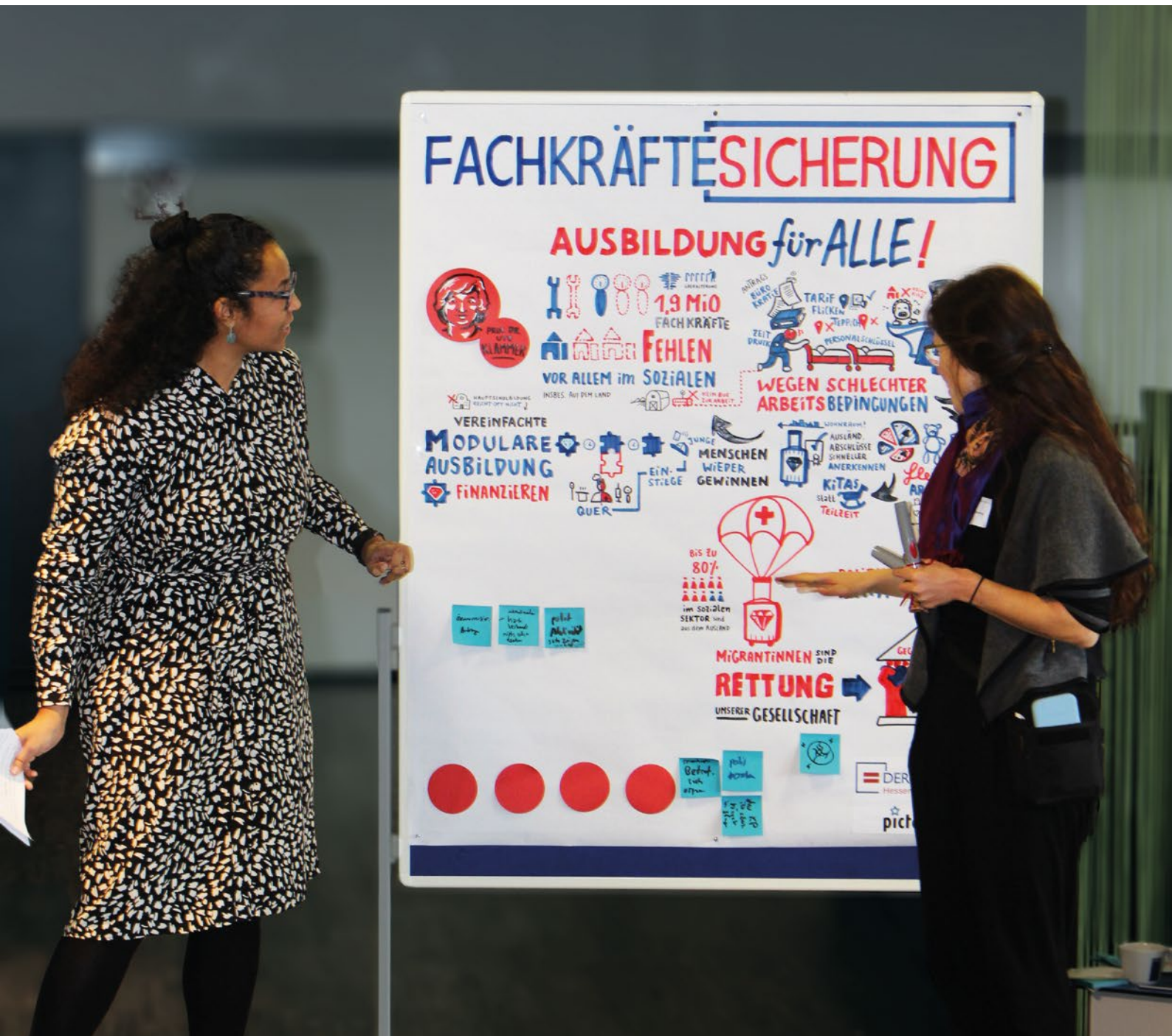






Vorwort 4

Schwerpunkte

Fachkräftesicherung 6

Soziale Arbeit in Krisenzeiten 8

Landtagswahlen/ Forderungen 10

Rechtsruck12

Klimaschutz im Paritätischen Hessen14

Kampagne #Echtgut des Paritätischen16

Fachreferate, Service und Projekte

Altenhilfe, Pflege und Gesundheit18

Frauen/Mädchen19

Arbeitsmarkt 20

Europa21

Behindertenhilfe 22

Soziale Psychiatrie 23

Suchthilfe 24

Soziale Notlagen 25

Selbsthilfe 26

Kinder- und Jugendhilfe 27

Kita 28

Migration 29

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 30

Recht31

Betreuungsvereine 32

Finanz- und Betriebsmanagement 33

Fördermittel 34

Kita-Fachberatung 35

Bürgerschaftliches Engagement 36

Expert*innenvermittlung 37

Hessisches Koordinationsbüro für
Frauen mit Behinderung 38

Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt
in Kindheit und Jugend 39

Aus den Regionen

Aus den Regionen41

Darmstadt 42

Frankfurt am Main 43

Fulda 44

Gießen 45

Kassel 46

Offenbach 47

Wiesbaden 48

Neue Mitgliedsorganisationen 49

Mitgliedsorganisationen im Portrait 50

Tochtergesellschaft 52

Organigramm 53

Impressum 54

Liebe Leser*innen,

die Multikrise aus Fachkräftemangel, Klimawandel, Inflation, wachsender Ungleichheit und Kriegen setzt uns allen zu. Besonders hart aber trifft sie Menschen, die in Armut oder Notlagen leben, weltweit und hier in Hessen. Was erschwerend hinzu kommt: Die Multikrise zwingt auch soziale Einrichtungen in die Knie. Ein Drittel von ihnen musste wegen Geldmangels bereits Angebote für Klient*innen einschränken oder sogar ganz einstellen, so das erschreckende Ergebnis einer Umfrage des Paritätischen im Oktober 2023.

In dieser angespannten Situation stehen wir an der Seite unserer Mitgliedseinrichtungen und ihrer Klient*innen. Im Vorfeld der hessischen Landtagswahl haben wir unsere Forderungen für die kommende Legislaturperiode formuliert und bei öffentlichen Podiumsveranstaltungen mit Politiker*innen diskutiert. Das Ergebnis der Landtagswahl war für uns ein Schock. Die AfD, die unseren Werten diametral entgegensteht, wurde zweitstärkste Fraktion. Unsere Brandmauer zu dieser in Teilen rechtsextremen Partei steht, die Menschenrechte bleiben unser Kompass, die Verteidigung einer demokratischen und offenen Gesellschaft unser Ziel.

Wir widersprechen in der aktuellen politischen Debatte, in der Migration als Problem und Abschottung als seine Lösung dargestellt werden. Für uns ist Migration, jenseits aller humanitären Aspekte, eine Chance und eine absolute

Notwendigkeit angesichts des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels. Es müssen die Potenziale aller Menschen genutzt und gefördert werden, die in Hessen leben. Nur so können künftig alte Menschen oder Menschen mit Behinderung gut betreut und gepflegt werden, können Kitas ausreichend Plätze anbieten. Kollabiert die soziale Infrastruktur, hat das weitreichende Folgen für die gesamte Gesellschaft: Der Installateur, der keinen Pflegedienst für seinen betagten Vater findet, kann keine Solaranlage aufbauen; die Busfahrerin, die keinen Krippenplatz für ihre Tochter hat, fehlt bei der Verkehrswende.

Die soziale Infrastruktur ist systemrelevant, der Fachkräftemangel in diesem Bereich schon jetzt eklatant. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen wollen wir Gegenstrategien entwickeln und haben daher 2023 das Projekt „Fachkräftesicherung – Ausbildung für alle“ gestartet. Das Thema stand auch im Fokus bei unserer Mitgliederversammlung, die grafische Dokumentation der Diskussion, die dort stattfand, sehen Sie auf dem Cover dieses Jahresberichts.

Wir sind überzeugt: Es gibt nicht nur die Multikrise, sondern auch Wege, um sie zu überwinden. Die Lösungen sind nicht simpel, wie von populistischer Seite vorgegaukelt wird. Sie sind komplex, aber wenn die Gesellschaft Gewohnheiten und Privilegien grundsätzlich überdenkt, kann der sozial-ökologische Wandel gelingen.



Claudia Fischer
Claudia Fischer
Vorstandsvorsitzende



Alinaghi
Dr. Yasmin Alinaghi
Landesgeschäftsführerin



Schwerpunkte

Fachkräftesicherung ist von existenzieller Bedeutung

Beratungsstellen müssen Angebote reduzieren, Kindergärten schließen Gruppen, Pflegedienste können keine neuen Klient*innen mehr versorgen. Überall fehlt Personal. Um seine Mitgliedsorganisationen in dieser Situation zu unterstützen, hat der Paritätische Hessen die Fachkräftesicherung 2023 zum Schwerpunktthema gemacht. Im Interview: Referent Matteo Barutzki.

Herr Barutzki, auf welchem Weg sind Sie selbst zum Paritätischen Hessen gekommen?

Matteo Barutzki: Ich habe mich beworben, als 2022 in der Abteilung Soziale Arbeit im Zuge der Ukraine-Krise 2022 eine Assistenzstelle geschaffen wurde, die dem Fachreferat Migration zugeordnet war. Durch meine vorherige Tätigkeit in der Migrationsberatung einer Mitgliedsorganisation kannte ich Lea Rosenberg als Fachreferentin für Migration und den Verband schon. Da mich die Rahmenbedingungen der sozialen Arbeit sehr interessieren, habe ich mich gefreut, 2023 das Schwerpunktthema „Fachkräftesicherung – Ausbildung für alle“ übernehmen zu können.

Jetzt sind wir schon mitten im Thema: Wie wichtig sind Empfehlungen für die Stellenbesetzung?

Sie sind in doppelter Weise hilfreich: zum einen für die Person, die sich um eine Stelle bewirbt. Sie kann davon profitieren, wenn im Unternehmen jemand eine Empfehlung für sie oder ihn ausspricht. Zum anderen sind Empfehlungen aber auch für Arbeitgeber wichtig. Die Akquise neuer Fachkräfte läuft häufig über persönliche Kontakte. Da spielen die Mitarbeitenden eine wichtige Rolle. Sie sind die besten Botschafter*innen ihres Arbeitgebers. Darum steht beim Thema Fachkräftesicherung auch die Frage ganz oben: Wie kann ich Mitarbeitende binden? Die Beschäftigten sind das höchste Gut unserer Träger. Nur über eine gute Bindung der Beschäftigten an ihren Träger oder ihr Unternehmen funktioniert auch eine gute Akquise über Mund-zu-Mund-Propaganda.

Welche Faktoren beeinflussen die Mitarbeitenden-Bindung?

Da ist zum einen die strukturelle Ebene, die Rahmenbedingungen vorgibt, wie unsere Mitgliedsorganisationen arbeiten können und welche Angebote sie ihren Beschäftigten machen können. Da spielen rechtliche Fragen und die finanzielle Förderung eine wichtige Rolle. Von großer Bedeutung ist auch die Gestaltung einer attraktiven Unternehmenskultur. Dies war ein Aspekt unserer Veranstaltungsreihe zum Employer Branding. Da ging es beispielsweise um Willkommenskultur, Team- und hierarchische Strukturen, Möglichkeiten zur Mitsprache und das Brückenbauen zwischen den Generationen innerhalb des Unternehmens. Aber auch um die Frage: Welche Kanäle kann ich als Arbeitgeber nutzen, um mögliche Interessierte auf mich aufmerksam zu machen. Wo finde ich Unterstützung bei der Personal-Akquise?

Wir haben für jede Region in Hessen eine Online-Veranstaltung angeboten. Für einen Betrieb in Frankfurt sieht ja manches anders aus als für einen im Vogelsbergkreis.

Ist die freie Wohlfahrtspflege gegenüber der Wirtschaft nicht benachteiligt, die ja viel freier Rahmenbedingungen gestalten kann, um für Fachkräfte attraktiv zu sein?

Wir müssen immer wieder deutlich machen: Die freie Wohlfahrtspflege ist ein wichtiger und großer Arbeitgeber. In der sozialen Arbeit in Hessen sind mehr Menschen beschäftigt als beispielsweise in der Automobilbranche. Es muss mehr Geld ins System, damit die Menschen auch gerne weiter im sozialen Bereich arbeiten oder dort eine Ausbildung machen wollen. Da geht es nicht nur um die Entlohnung, die nur einen Teil der Arbeitszufriedenheit ausmacht. Wichtig ist auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wichtig sind auch Maßnahmen, die psychische und körperliche Belastungen abfedern. Die Beschäftigten wünschen sich vor allem, mehr Zeit und Kapazitäten für die sinnhafte Arbeit mit den Menschen zu haben.



„Wir müssen uns grundsätzlich darüber austauschen, wie wir künftig mit Arbeit gesamtgesellschaftlich umgehen wollen. Das bezieht Fragen der Nachhaltigkeit und Gesundheit ein.“

► **Matteo Barutzki**

Referent Projekt Schwerpunktthema Fachkräftesicherung – Ausbildung für alle
matteo.barutzki@paritaet-hessen.org



Die Multikrise spiegelt sich im Alltag der Menschen

Eine Umfrage des Paritätischen im Oktober 2023 brachte ein besorgniserregendes Ergebnis: Bereits ein Drittel der Mitgliedsorganisationen musste wegen Geldmangels Angebote für Klient*innen einschränken oder sogar ganz streichen. Eine gefährliche Entwicklung. Soziale Arbeit ist gerade in Krisenzeiten von besonderer Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft und darf nicht selbst zum Krisenopfer werden. Eine Bestandsaufnahme und ein Ausblick von Kristina Nottbohm, Referentin für Grundsatzfragen beim Paritätischen Hessen.

Unsere Gesellschaft steckt in einer Multikrise: die Folgen der Corona-Pandemie, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, Energiekrise und Inflation, Fachkräftemangel, Rechtsruck und wiedererstarkender Antisemitismus in Deutschland – und der Klimawandel mit seinen enormen Herausforderungen. All das macht vielen Menschen schwer zu schaffen. Und es spiegelt sich in ganz alltäglichen Problemen:

Die Busfahrerin kann nicht zur Arbeit kommen, weil die Kita-Gruppe wegen Personalmangels geschlossen ist und sie ihr Kind selbst betreuen muss. Geflüchtete, die als Mitarbeiter*innen dringend gebraucht werden, erhalten keine Arbeitsgenehmigung und müssen eine Abschiebung fürchten. Der Sanitärfachmann findet für seine pflegebedürftige Mutter keinen ambulanten Pflegedienst mit freien Kapazitäten. Eine andere Wohnung suchen, mit genug Platz, damit die Mutter bei ihm und seiner Familie leben kann? Fehlanzeige, mittlerweile herrscht selbst auf dem Land Wohnungsnot. Falls es überhaupt eine Wohnung gibt, ist die Miete zu hoch. Und die Baukrise lässt nicht erwarten, dass sich dies bald ändert. So schlittert auch der einzelne Mensch schnell in eine überfordernde Multikrise.

Die zusätzlich entstehenden Unterstützungs- und Beratungsbedarfe der Menschen stellen die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen vor große Herausforderungen. Sie stehen ohnehin seit Jahren aufgrund von Unterfinanzierung und Arbeitskräftemangel an der Belastungsgrenze und können Menschen in akuten Notsituationen oft nicht mehr angemessen unterstützen. Verschärft wird die Situation durch eine äußerst angespannte Haushaltslage

von Bund und Ländern. Förderprogramme werden eher gekürzt als ausgebaut, Verhandlungen mit den Leistungsträgern um die Finanzierung sozialer Arbeit werden härter und aggressiver. Und auch auf kommunaler Ebene stehen freiwillige Leistungen immer öfter zur Disposition. Nur durch massiven Protest der Wohlfahrtsverbände konnte so manche geplante Kürzung noch abgewendet werden. Es ist zu erwarten, dass es immer häufiger zu Protesten angesichts drohender Kürzungen kommen wird. Dabei ist der freien Wohlfahrtspflege bewusst, dass es für die multiplen Problemlagen keine einfachen Lösungen gibt – anders als populistische Stimmen dies vorgaukeln.

Soziale Träger brauchen Planungssicherheit

All das geschieht vor dem Hintergrund des sich beschleunigenden Klimawandels, der von uns allen Handeln erfordert. Wie bei einem Mobilé hängt alles miteinander zusammen: Nicht nur die ökologische, auch die soziale Balance ist in Gefahr und damit auch unsere Demokratie.

Angeichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen müssen wir die soziale Arbeit stärken und nicht schwächen. Soziale Träger brauchen Planungssicherheit und eine auskömmliche Finanzierung. Nur so können sie Mitarbeiter*innen langfristig binden und für Klient*innen zuverlässige Angebote sichern. Ein erster Schritt in Richtung Planungssicherheit wäre, dass tariflich bedingt steigende Personalkosten entsprechend refinanziert werden. Zuwendungen müssen entsprechend dynamisiert werden. Wichtig ist zudem, dass die finanziellen Mittel, die dem Staat zur Verfügung stehen, nicht nach dem Gießkannen-Prinzip verteilt werden. Wir brauchen keine Maßnahmen, die ohnehin einkommensstarke Haushalte überproportional entlasten, sondern gezielte Unterstützung für Menschen mit geringen Einkommen und für die soziale Infrastruktur.

Wir brauchen ein gut ausgestattetes soziales Netz, das Menschen befähigt, mit den vielfachen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels gut umgehen zu können. Gerade in Krisenzeiten erweist es sich, wie ernst wir es mit Chancengleichheit und Solidarität meinen.



„Die Krise der Demokratie und der notwendige sozial-ökologische Wandel erfordern breite zivilgesellschaftliche Bündnisse und Solidarität. Gerade mit seiner Vielfalt kann der Paritätische hier in die unterschiedlichsten Gesellschaftsbereiche positiv hineinwirken.“

► **Kristina Nottbohm**

Referentin für Grundsatzfragen
kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org

HESSISCHER LANDTAG

Chancen und Teilhabe für alle

Der Paritätische Hessen hat nicht nur Forderungen zur Landtagswahl 2023 aufgestellt, sondern auch ein umfangreiches Papier vorgelegt, das die Politik in der neuen Legislaturperiode von 2024 bis 2029 begleiten soll. „Chancen und Teilhabe für alle – Impulse für ein soziales und solidarisches Hessen“ lautet der Titel. Kristina Nottbohm, Referentin für Grundsatzfragen, bewertet hier den Koalitionsvertrag aus Sicht des Paritätischen Hessen.

Was sind für Sie die entscheidenden Charakteristiken des Koalitionsvertrags von CDU und SPD?

Kristina Nottbohm: Im Großen und Ganzen trägt der Koalitionsvertrag eine mehr als konservative Handschrift im Hinblick auf die Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen. Positiv ist hervorzuheben, dass die Koalitionsfraktionen immerhin einen Aktionsplan gegen Armut und ein Gesetz gegen Wohnungsleerstand angekündigt haben. Das sind ganz zentrale Forderungen des Paritätischen: die Bekämpfung der Armut, insbesondere unter Kindern und Alleinerziehenden, sowie Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Für einen Irrweg halten wir allerdings die Vorstellung, mit dem Hessengeld wirksam die Wohnungsnot bekämpfen zu können. Für Familien mit niedrigerem oder mittlerem Einkommen wird auch dies nicht reichen, um sich eine Immobilie leisten zu können.

Bei der Inklusion wollen SPD und CDU aktiv werden. Wichtig ist hier: Die Förderung für Kinder mit Behinderung muss so früh und verlässlich wie möglich beginnen. Hier vermissen wir im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zur Frühförderung von Kindern mit Behinderung und deren ausreichender Finanzierung.

Das ist ja nicht viel Positives ...

Ein paar Punkte gibt es schon noch, die wir auf der Positivseite verbuchen: zum Beispiel, dass im Koalitionsvertrag die Probleme ernst genommen werden, die in der Pflege angesichts des demografischen Wandels und des Fach-

kräftemangels dramatisch zunehmen. Und es werden auch Gegenmaßnahmen angekündigt. Hier wollen wir unsere Ideen auf jeden Fall in die Beratung einbringen. Ein weiterer positiver Punkt ist, dass das Thema Kinderschutz prominent im Koalitionsvertrag verankert ist.

Welche Punkte kritisieren Sie noch?

CDU und SPD sprechen im Vorwort des Koalitionsvertrags von einem „neuen Konsens“. Der scheint aber einer Quadratur des Kreises gleichzukommen. Es ist ja schon sehr widersprüchlich, sich einerseits gegen Queerfeindlichkeit auszusprechen, gleichzeitig aber in Schulen, Landesbehörden und Universitätsverwaltungen das Gendern zu verbieten, um ein Beispiel zu nennen.

Aber es gibt noch andere Punkte, die wir scharf kritisieren: Statt der im Koalitionsvertrag mehrfach proklamierten Rückführungsoffensive braucht es eine Integrationsoffensive. Und es ist in keiner Weise akzeptabel, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Unterkünften untergebracht werden sollen, die nicht den Jugendhilfestandards des Kinder- und Jugendhilfe-Gesetzes entsprechen.

Wir begrüßen aber, dass die vom Paritätischen Hessen schon lange für Unterkünfte für Geflüchtete geforderten Mindest- und Gewaltschutzstandards nun endlich eingeführt werden sollen und eine professionelle Struktur der Einzelfallberatung für Migrant*innen in Hessen gefördert werden soll.

Beim Thema Suchtberatung und -prävention sehen wir dagegen eine große Lücke. Beides müsste angesichts der Cannabis-Legalisierung dringend gestärkt werden.



Unsere Forderungen an die Landesregierung

Für sein Positionspapier „Chancen und Teilhabe für alle – Impulse für ein soziales und solidarisches Hessen“ hat der Paritätische Hessen zusammengetragen, welche Probleme in Hessen vordringlich angegangen werden müssen. Er schlägt Lösungen vor und sucht den Dialog mit den demokratischen Parteien im Landtag und mit der Zivilgesellschaft. Entstanden ist das Papier in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen in den verbandlichen Fachgruppen. Es zeigt, wie breit der Paritätische thematisch aufgestellt ist, und soll ein Kompass sein für die politische Arbeit in den nächsten fünf Jahren. Es gibt die Broschüre zum Download auf www.paritaet-hessen.org unter Publikationen. Gedruckte Exemplare können bestellt werden per E-Mail an: info@paritaet-hessen.org

„Im Koalitionsvertrag stehen viele Projekte, die wir begrüßen. Ihre Umsetzung hängt davon ab, dass die Regierung sich auch in finanzieller Hinsicht mit ganzer Kraft für mehr Teilhabe, Chancengleichheit und den Ausbau der sozialen Infrastruktur engagiert.“

► Kristina Nottbohm

Referentin für Grundsatzfragen
kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org

ZUSAMMEN GEGEN RECHTS

Rechtsruck in Hessen

Bei der Landtagswahl im Oktober rutschte das hessische Parlament weit nach rechts: Die AfD wurde zweitstärkste Fraktion, die Partei Die Linke scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde. Der erschreckend hohe Stimmenanteil für eine in Teilen offen rechtsextreme Partei liegt im bundes-, europa- und weltweiten Trend. Er ist aber auch das Ergebnis eines Wahlkampfes, in dem allzu oft marginalisierte Gruppen gegeneinander ausgespielt und menschenrechtliche Anliegen abgetan wurden. Zentrale Themen wie die wachsende soziale Ungleichheit, der Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit, drohende Kürzungen in der sozialen Infrastruktur oder der Mietenwahnsinn gingen dagegen im Wahlkampfgetöse vor der Landtagswahl weitgehend unter. Für komplexe gesellschaftliche Probleme wurden Abschottung und Abschiebung als vermeintlich einfache Lösungen verkauft – leider nicht nur von Parteien am rechten Rand. Auch viele Vorhaben, die CDU und SPD bereits im Eckpunkte-Papier für ihre Koalition ankündigen, sind reaktionär, an einigen Punkten werden rechtspopulistische Forderungen übernommen. Es droht in Hessen somit in den nächsten Jahren eine gesellschaftspolitische Rolle rückwärts.

Es ist eine klare wertorientierte Haltung nötig, um die Demokratie und die Menschenrechte zu schützen. Demokratische Parteien dürfen sich nicht länger von der AfD treiben lassen und ihre Inhalte kopieren, sie müssen sie geschlossen und entschlossen bekämpfen. Der Hetze von rechts müssen sie die positive Vision einer inklusiven und solidarischen Gesellschaft entgegensetzen.

Vielfalt ohne Alternative

Der Paritätische Hessen hat bereits 2018 das Positionspapier „Vielfalt ohne Alternative“ verabschiedet, in dem der Verband eine aktive Zusammenarbeit mit der AfD und anderen rechtsextremen Parteien ausschließt. Angesichts des aktuellen Rechtsrucks ist eine noch stärkere Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure notwendig, an der sich der Paritätische Hessen aktiv beteiligt. So ist er Teil eines Bündnisses, das vor dem Hintergrund der Morde von Hanau und am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke Forderungen an die Landespolitik aufgestellt hat. Im Vorfeld der Landtagswahl wurden diese Forderungen aktualisiert und bei einer Podiumsdiskussion im Frankfurter Haus am Dom mit Vertreter*innen der demokratischen Parteien diskutiert.

Um die Mitarbeiter*innen seiner Mitgliedsorganisationen für den Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu wappnen, hat der Paritätische Hessen auch 2023 wieder Online-Fortbildungen angeboten. Diese waren sehr stark nachgefragt. Es zeigte sich, dass viele soziale Einrichtungen darauf bedacht sind, rassistischen Äußerungen und Haltungen etwas entgegenzusetzen, mit denen sie von außen konfrontiert werden. Gleichzeitig sind sie zunehmend damit befasst, auch ihre eigenen Strukturen mit Blick auf mögliche subtile Diskriminierung gegenüber Klient*innen oder Mitarbeiter*innen kritisch zu reflektieren.



„Vielfalt ist für uns ein zentraler Wert, ihre Förderung ist das erklärte Ziel unserer Verbandsarbeit. Wir bekennen uns zur Gleichwertigkeit aller Menschen und fühlen uns verpflichtet, allen Ideologien der Ungleichwertigkeit entschieden entgegenzutreten.“

► **Barbara Helfrich**

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

Wichtige Impulse vom Gesamtverband

Den Anstoß für das neue Projekt des Paritätischen Hessen hat das Projekt „Klimaschutz in der Sozialen Arbeit stärken“ gegeben, das der Paritätische Gesamtverband 2021 gestartet hat. Fast 70 Mitgliedsorganisationen aus ganz Deutschland beteiligen sich daran. Aus Hessen sind dabei: der Jugendhilfeträger bsj Marburg e.V., Eltern helfen Eltern e.V., die Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V., die Paritätische Projekte gGmbH, die Sozialgruppe Kassel und die VIVA Stiftung gGmbH. Bei allen teilnehmenden Organisationen wurden Klima-Scouts benannt, für die Schulungen, Info-Veranstaltungen und Vernetzungstreffen angeboten wurden. Mit speziellen Tools des Projektpartners Viabono konnten die Einrichtungen ihren CO²-Fußabdruck erfassen, Einsparpotenziale ermitteln und passende Klimaschutz-Maßnahmen entwickeln.

Im Rahmen des Projekts wurden auch mehrere Broschüren und Handreichungen entwickelt. Weitere Informationen finden Interessierte auf der Webseite www.klimaschutz-sozial.de



Der Paritätische ist mit rund 830 Mitgliedsorganisationen und 55.000 hauptamtlich Beschäftigten nicht nur ein großer Arbeitgeber, sondern betreut in seinen Einrichtungen auch viele Tausende Menschen. Wie können sie alle miteinander zum Klimaschutz beitragen?

Annette Wippermann: Viele Menschen haben das Gefühl, persönlich nicht viel gegen den Klimawandel ausrichten zu können. Aber jede*r Einzelne zählt und kann einen Beitrag leisten. Oft braucht es dafür aber motivierende Rahmenbedingungen und gezielte Unterstützung, um entsprechend

Klimafreundliches Handeln fördern

Immer mehr Wetterextreme wie Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürreperioden zeigen: Der Klimawandel bringt große Gefahren für die Menschheit. Besonders schutzbedürftig sind alte und kranke Menschen sowie Menschen mit Behinderungen und arme Menschen. Für viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen sind der Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung ihrer Einrichtungen an das sich ändernde Klima darum schon länger ein wichtiges Anliegen. Doch oft fehlen ihnen die Ressourcen für nötige Maßnahmen zum Klimaschutz. Deshalb engagiert sich der Paritätische Hessen dafür, dass der soziale Bereich in der Klimaschutzpolitik des Landes besser berücksichtigt wird. Annette Wippermann hat zudem für 2024 den Start eines neuen Projekts mit dem Namen „Klimaschutz im Paritätischen Hessen“ vorbereitet.

ins Handeln zu kommen. Hier wollen wir unsere Mitgliedsorganisationen möglichst niedrigschwellig bei ersten Maßnahmen unterstützen.

Wie sieht diese Unterstützung konkret aus?

Gemeinnützige Einrichtungen können ja keine Rücklagen bilden, die sie in Solaranlagen oder Wärmepumpen investieren könnten, um klimafreundlich Strom und Wärme zu erzeugen. Als Verband haben wir daher eine wichtige Aufgabe in der Lobbyarbeit. Wir müssen der Politik klarmachen, wie wichtig es ist, unseren Mitgliedsorganisationen ausreichend finanzielle Mittel für Investitionen in den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen. Der zweite wichtige Bereich sind Information, Beratung und Unterstützung unserer Mitglieder bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

Können Sie da praktische Beispiele nennen?

In den unterschiedlichen Einrichtungen unserer Mitgliedsorganisationen gibt es ganz verschiedene Voraussetzungen und Handlungsmöglichkeiten, um unserer ökologischen Verantwortung gerecht zu werden: In der ambulanten Pflege spielt es zum Beispiel eine große Rolle, welche Fahrzeuge die Einrichtungen nutzen. Bei der stationären Pflege oder in der Kindertagesstätte kann klimafreundliches Handeln bei der Verpflegung der Menschen einen großen Unterschied machen, indem mehr regionale und saisonale Nahrungsmittel auf die Teller kommen. Wichtig ist aber auch zu schauen: Welchen Stromanbieter haben wir? Wie setzt sich dessen Strommix zusammen? Bei allen Maßnahmen ist es uns wichtig, dass wir alle Beteiligten in die Transformationsprozesse einbeziehen.

Auch beim Kochen ist klimafreundliches Handeln möglich: ein Blick in die Küche der PNS – Paritätische Nachsorge Sucht in Gilserberg.



„Arme Menschen sind von den Folgen der Klimakrise stärker betroffen als reiche, obwohl sie in geringerem Maße zur Zerstörung des Planeten beitragen. Die Klimakrise ist also auch eine Krise der sozialen Gerechtigkeit.“

► Annette Wippermann

Projekt Klimaschutz im Paritätischen Hessen
annette.wippermann@paritaet-hessen.org





#EchtGut: Vorfahrt für Gemeinnützigkeit

Das Selbstbewusstsein gemeinnütziger Organisationen stärken und auf ihre wichtige Rolle im Sozialstaat aufmerksam machen: Das war Ziel der Kampagne #EchtGut: Vorfahrt für Gemeinnützigkeit. In den Jahren 2022 und 2023 gab es auf Initiative des Paritätischen Gesamtverbands eine Vielzahl von Aktivitäten. Es wurden zudem zahlreiche Broschüren veröffentlicht. Angesichts des zunehmenden Drucks auf die freie Wohlfahrtspflege gilt es, in Politik und Gesellschaft mehr Bewusstsein für den Wert gemeinnützigen sozialen Engagements zu schaffen, um es auch in Zeiten knapper Kassen zu sichern.

Gemeinnützige Akteure sind oft flexibler als staatliche oder kommerzielle Akteure, weil der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Viele Träger sind aus Selbsthilfegruppen entstanden, was bis heute ihre Nähe zu den Menschen und die Inhalte ihrer Arbeit, ihre Kreativität und Innovationsfähigkeit prägt. Sie engagieren sich zudem für benachteiligte Menschen, die für gewerbliche Träger angesichts deren Renditeorientierung als „Kund*innen“ oft nicht im Fokus stehen. Als wichtige Säule des Sozialstaats stehen gemeinnützige Organisationen und ihre Einrichtungen für ein solidarisches Miteinander und sollten Vorrang in der sozialen Daseinsvorsorge haben. Sowohl in der Corona-Pandemie als auch bei der Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine hat sich einmal mehr gezeigt, wie schnell und zuverlässig gemeinnützige Träger handeln können, wenn es darum geht, vor Ort die notwendige Hilfe zu organisieren.

Infos und Tipps zum Download

Der Paritätische Gesamtverband hat auf seiner Homepage eine Schwerpunktseite zur Kampagne #EchtGut eingerichtet. Dort stehen auch nach Ende der Kampagne Informationen, Tipps und Handreichungen zum Download, auch als Argumentationshilfe für anstehende Wahlen oder Verhandlungen: www.der-paritaetische.de/presse-kampagnen/echtgut-vorfahrt-fuer-gemeinnuetzigkeit

Gemeinnützigkeit

Gemeinnützige Vereine oder Organisationen tun Gutes für die Gesellschaft. Sie dürfen anders als gewerbliche Anbieter von Leistungen keine Gewinne machen, sondern müssen erwirtschaftetes Geld wieder in ihre Arbeit investieren. Die Mittel einer gemeinnützigen Organisation sind zweckgebunden und dürfen nur für den Satzungszweck verwendet werden. Gemeinnützigen Organisationen sind von bestimmten Steuern befreit und dürfen für Spenden Spendenquittungen ausstellen.



Fachreferate, Service & Projekte



Dem drohenden Zusammenbruch des Pflegesystems entgegenwirken

Immer mehr Menschen werden immer älter und benötigen meist irgendwann Unterstützung und Pflege. Diesem wachsenden Bedarf an Hilfen steht jedoch eine sinkende Zahl von Pflegekräften gegenüber, die diese Hilfen leisten können. „Hinzu kommen Anforderungen der Kostenträger, die in den Einrichtungen für viel Verwaltungsaufwand sorgen“, sagt Anna Grundel, Fachreferentin für Altenhilfe, Pflege und Gesundheit. „Nicht nur viele Pflegekräfte in der ambulanten und stationären Altenhilfe, auch Führungskräfte haben das Gefühl, zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden.“ Mehr und mehr entsteht der Eindruck: Das Pflegesystem droht zusammenzubrechen. Gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen sucht der Paritätische Hessen nach Lösungen.

Wie können Altenhilfe und Pflege zukunftsfest gestaltet werden, orientiert an den Bedürfnissen der Menschen und ihrem Recht auf gesellschaftliche Teilhabe? Welche Handlungsoptionen hat der Dachverband mit seinen knapp 100 Trägern in der ambulanten, stationären und teilstationären Pflege? Wie kann die Politik bessere Rahmenbedingungen schaffen? Das waren 2023 zentrale Fragen, die sowohl die Fachgruppe der ambulanten Pflegedienste als auch der stationären und teilstationären Einrichtungen intensiv beschäftigt haben. Dabei wurden verschiedene Forderungen entwickelt (siehe Kasten).



„Alter ist nicht gleichbedeutend mit Pflegebedürftigkeit, wenn wir jetzt mehr in frühe Hilfen und gesundheitliche Prävention investieren.“

► Anna Grundel

Fachreferentin für Altenhilfe, Pflege und Gesundheit
anna.grundel@paritaet-hessen.org

Pflege zukunftsfest gestalten

- Es müssen schnell neue niedrigschwellige Versorgungsformen geschaffen werden. Diese müssen für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen ohne bürokratischen Aufwand in Anspruch zu nehmen sein, auch ohne Pflegegrad. Dazu gehören beispielsweise Hilfen im Haushalt und offene Seniorentreffs.
- Pflegeberatung und Familienzentren müssen ausgebaut werden. Ziel muss sein, dass ältere Menschen mit passender Unterstützung so lange wie möglich, so selbstständig wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können.
- Es muss mehr kostengünstigen barrierefreien Wohnraum geben.
- Gesundheitsförderung und ein positives Berufsbild müssen im Pflegebereich einen höheren Stellenwert bekommen, damit weniger Pflegekräfte vorzeitig ausscheiden.



Fachgruppe Frauen/Mädchen im Paritätischen Hessen

Im Fachbereich „Frauen/Mädchen“ des Paritätischen Hessen sind mehr als 150 gemeinnützige Organisationen aus unterschiedlichsten Feldern der sozialen Arbeit vertreten. Sie alle verbindet das Engagement, den vielfältigen Benachteiligungen und Ausgrenzungen von Frauen und Mädchen entgegenzutreten. Sie setzen sich für die Ächtung von Gewalt an Frauen und Mädchen sowie für die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Zur Vielfalt der Mitgliedsorganisationen gehören beispielsweise: Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, Mädchentreffs, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Mütter- und Familienzentren, Frauengesundheitszentren sowie Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend.

Positive Signale beim Gewaltschutz

Nach wie vor gibt es in Hessen zu wenig Frauenhausplätze. Die Frauenberatungs- und Interventionsstellen, aber auch die Notrufe sind strukturell unterfinanziert. Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt muss dringend verbessert werden. Welche Schritte dafür erforderlich sind, hat die Fachgruppe Frauen/Mädchen im Paritätischen Hessen in dessen Forderungspapier zur Landtagswahl und für die neue Legislaturperiode zusammengefasst. Grundsätzlich positiv wertet der Paritätische, dass die Koalition die Mittel für den Gewaltschutz aufstocken will. Unter anderem kündigt sie ein Frauensicherheitspaket an, das Maßnahmen wie den verstärkten Einsatz von Fußfesseln für Männer vorsieht, die gegen Frauen gewalttätig geworden sind. „Repressive Maßnahmen allein werden es kaum richten. Vielmehr braucht es neben dem consequenten Ausbau des Hilfesystems eine umfassende Prävention, die bei den strukturellen Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt ansetzt“, sagt Kristina Nottbohm, Referentin für Frauen und Mädchen beim Paritätischen Hessen.

Eine positive Entwicklung zeichnet sich für die Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung ab. Die Koalition will hier ein differenziertes Angebot finanziell absichern, das ungehindert für alle Frauen erreichbar sein soll. Positiv ist auch, dass flächendeckend medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung etabliert werden soll.

„In der Frauenpolitik sendet die Koalition einige positive Signale hinsichtlich der Stärkung von Gewaltschutz und Schwangerschaftsberatung. Die Mädchenpolitik und sexuelle Bildung bleiben aber auf der Strecke.“

► Kristina Nottbohm

Referentin Frauen/Mädchen
kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org



Fachkräftemangel versus verfestigte Arbeitslosigkeit

Zwei große Themen prägten 2023 die Arbeitsmarktpolitik: die Einführung des Bürgergelds, das aus Sicht des Paritätischen Hessen jedoch ebenso zu knapp bemessen ist wie die alten Hartz-IV-Leistungen. Gleichzeitig bedrohten die Kürzungen im Bundeshaushalt die Existenz vieler Beschäftigungsträger vor Ort. Vor allem die Mittel für die Teilhabe am Arbeitsmarkt wurden zusammengestrichen. Um wirtschaftlich überleben zu können, mussten sich viele von den Kürzungen betroffene Mitgliedsorganisationen neue Arbeitsfelder erschließen: zum Beispiel in der Schulassistenten-, der Schulsozialarbeit und politischen Bildung.

In Hessen gibt es rund 200.000 Menschen, die als arbeitssuchend registriert sind. Viele von ihnen können ohne intensive ganzheitliche Betreuung nicht auf dem Arbeitsmarkt unterkommen. Sie brauchen neben Umschulungen und Fortbildungen vor allem gezielte Förderung und persönliche Qualifizierung, um nach langer Abwesenheit vom

Arbeitsmarkt überhaupt wieder in den Alltagsstrukturen des ersten Arbeitsmarkts Fuß zu fassen. Die Hoffnung, dass im Zuge der Einführung des Bürgergelds auch die Anstrengungen zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen verstärkt werden, hat sich leider nicht erfüllt. Dabei wäre dies dringend nötig, damit die Menschen eine Chance auf eine fachlich qualifizierte Arbeit mit existenzsicherndem Einkommen erhalten. Mittelkürzungen bedeuten für viele Betroffene dauerhafte Perspektivlosigkeit.

„Unsere Gesellschaft darf sich nicht damit abfinden, dass es einen stabilen Anteil von langzeitarbeitslosen Menschen gibt, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Die Mittel für die Arbeitsmarktintegration und Qualifizierung müssen erhöht statt gekürzt werden.“

► Artur Louis

Referent für Arbeitsmarktpolitik und Verbandsentwicklung
artur.louis@paritaet-hessen.org

Gemeinnützigkeit als wichtigen Wert vertreten

Eine wichtige Aufgabe für das Fachreferat Europa ist die Interessenvertretung des Paritätischen Hessen und seiner Mitgliedsorganisationen. Dabei gilt es unter anderem, die besondere Bedeutung gemeinnütziger sozialer Dienste deutlich zu machen, damit sie im Wettbewerbs- und Beihilfenrecht der Europäischen Union entsprechend anerkannt wird. Das Referat erarbeitet fachpolitische Stellungnahmen zur Umsetzung des ESF in Hessen, arbeitet in Gremien auf Bundes- und Landesebene mit und informiert die Mitgliedsorganisationen über europäische Fördermöglichkeiten.

Für ein soziales Europa

Das Erstarken rechtsextremer Kräfte geht einher mit nationalistischen Parolen, die den Handlungsspielraum der Europäischen Union einschränken sollen: Die EU steht verstärkt unter dem Druck, die Bürger*innen in den Mitgliedsstaaten vom europäischen Gedanken zu überzeugen. Hier sieht sich auch der Paritätische Hessen gefordert. Er macht sich stark für ein Europa, das es allen Menschen ermöglicht, am sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilzuhaben. Dies erfordert aus Verbandssicht eine solidarische, soziale und ökologisch nachhaltige Politik sowie humane Regelungen zur Migration.

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen profitieren in vielerlei Hinsicht von europäischen Fördergeldern, die beispielsweise über den Europäischen Sozialfonds (ESF) verteilt werden. Seit mehr als 60 Jahren trägt der ESF dazu bei, die Beschäftigungschancen von Menschen zu verbessern, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Er fördert Projekte zur Bildung, Ausbildung und Qualifizierung. Mit dem Programm Rückenwind+ will er zudem zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in sozialen Berufsfeldern beitragen. Hier unterstützt der Verband seine Mitgliedsorganisationen bei der Mittelbeantragung und Umsetzung ESF-geförderter Projekte.



„Nur gemeinsam können die Staaten der EU die Vielzahl der aktuellen Krisen und Herausforderungen bewältigen. Die EU-Politik beeinflusst ganz konkret auch die Lebensbedingungen der Menschen in Hessen. Darum machen wir uns stark für ein soziales Europa.“

► Artur Louis

Referent für Europa
artur.louis@paritaet-hessen.org



Für die Umsetzung der Reform braucht es konstruktive Lösungen

Anfang Juli 2023 sind die lange mit dem Landeswohlfahrtsverband (LWV) und den kommunalen Spitzenverbänden verhandelten Rahmenverträge 1 bis 3 SGB IX in Kraft getreten.

Dadurch haben sich die Grundlagen der Finanzierung und Leistungserbringung für die Träger der Eingliederungshilfe in allen Bereichen grundlegend geändert, in der Behindertenhilfe ebenso wie in der Sozialen Psychiatrie und der Suchthilfe. Die Einführung und Umsetzung der neuen Rahmenverträge wurde bereits ab dem Jahr 2022 vorab mit einer Vielzahl von Schulungsveranstaltungen flankiert, um die Leistungserbringer im Bereich der Eingliederungshilfe bei der Reform zu unterstützen. Diese wurden gemeinsam vom LWV und den Verbänden der Leistungserbringer organisiert.

Die „Umsetzungsbegleitgruppe Rahmenverträge SGB IX“ des Paritätischen Hessen begleitet innerverbandlich diesen Umsetzungsprozess. Dieses Gremium setzt sich aus den Sprecher*innen der involvierten Fachgruppen Behindertenhilfe, Soziale Psychiatrie und Suchthilfe sowie weiteren gewählten Vertreter*innen aus diesen Fachgruppen zusammen und löst die sogenannte Begleitgruppe Rahmenverträge SGB IX ab, die seit Herbst 2017 die Rahmenvertragsverhandlungen begleitet hat.

Ziel der Umsetzungsbegleitgruppe ist es, Problemlagen und mögliche Regelungslücken anhand von Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft und den Fachreferaten des Paritätischen in der Umsetzung zu erkennen, zu sammeln, zu bewerten und mögliche Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Diese sollen dann mit dem Landeswohlfahrtsverband mit dem Ziel verhandelt werden, die Rahmenverträge zu interpretieren und notfalls im Sinne der Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen und ihrer Klient*innen zu korrigieren.

Interdisziplinäre Frühförderung

Das Bundesteilhabegesetz sieht auch für den Bereich der interdisziplinären Frühförderung vor, dass zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den hessischen gesetzlichen Krankenkassen (GKV) als Leistungsträgern sowie den Verbänden der Leistungserbringer über eine Landesrahmenvereinbarung nach Paragraph 46 SGB IX die inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung verhandelt wird. Mehr als 90 Prozent der interdisziplinären Frühförderstellen in Hessen gehören zum Paritätischen, sodass die Federführung der Verhandlungen im Fachreferat Behindertenhilfe liegt. Ende 2023 herrschte bei inhaltlichen Fragen zwar zwischen den Verhandlungspartnern nach zähem Ringen viel Übereinstimmung, hinsichtlich des Umfangs der Finanzierung durch die gesetzlichen Krankenkassen lagen die Vorstellungen jedoch so weit auseinander, dass die Verhandlungen nicht abgeschlossen werden konnten.

Landesrahmenverträge 1 bis 3 SGB IX

Das SGB IX regelt die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Rahmenvertrag 1 regelt die Leistungen zur sozialen Teilhabe und zur Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung bis zum Ende der Schulausbildung.

Rahmenvertrag 2 gilt für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.

Rahmenvertrag 3 gilt für Leistungen zur sozialen Teilhabe und zur Teilhabe an Bildung nach Beendigung der Schulausbildung (Sekundarstufe II).

► Brigitte Roth

Referentin für Behindertenhilfe
brigitte.roth@paritaet-hessen.org



Vielfältige Leistungen der PSKB finanziell absichern

Im Zuge der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes werden sich auch für die Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen (PSKB) Veränderungen vor allem in der Finanzierungs-Zuständigkeit ergeben. Der Landeswohlfahrtsverband wird künftig die Finanzierung der Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigung ab Ende ihres Schulbesuchs übernehmen. Dass der LWV als Kostenträger diese freiwilligen Leistungen übernehmen darf, musste zuvor mit dem hessischen Sozialministerium geklärt werden. Für das Jahr 2024 hat der LWV angekündigt, als alleiniger Kostenträger die Finanzierungsanteile zu übernehmen, die bisher vom LWV und den Kommunen anteilig getragen wurden. Daneben fließen Eigenmittel der jeweiligen Träger sowie mögliche weitere Mittel, zum Beispiel von Jobcentern, in die Finanzierung ein.

Aus der Fachgruppe hat sich eine Unterarbeitsgruppe mit dem Ziel gegründet, dass bei der zukünftigen Neustrukturierung der Finanzierung die vielfältigen Leistungen der einzelnen PSKB sowohl inhaltlich wie finanziell erhalten bleiben.

Innerhalb der Liga der Freien Wohlfahrtspflege hat sich zudem eine AG PSKB mit demselben Ziel unter der Federführung des Paritätischen zusammengefunden. Sie sammelt die Forderungen der Verbände, um diese mit dem LWV zu verhandeln.



„Die Rahmenverträge und deren Umsetzung werden ein Gradmesser sein, ob das Ziel der Personenzentrierung und damit die Inklusion von Menschen mit Behinderung in Hessen verbessert wird.“

► Brigitte Roth

Referentin für Soziale Psychiatrie
brigitte.roth@paritaet-hessen.org



Crack stellt Suchthilfe vor besondere Herausforderungen

Nicht nur in Frankfurt, sondern auch in Städten wie Darmstadt und Limburg beherrscht Crack mehr und mehr die Drogenszene. Die Mischung aus Kokainsalz und Natron kann extrem schnell süchtig machen. Sie hat eine aufputschende Wirkung, die aber schnell nachlässt. Das setzt die Konsument*innen zum Teil unter enormen Sucht- und Beschaffungsdruck. Auch die Folgen eines exzessiven Crack-Konsums für ihre psychische und körperliche Gesundheit sind massiv. Nicht selten fallen Abhängige mit Entzugssymptomen durch aggressives Verhalten auf. Die Drogen- und Suchthilfe stellt das vor besondere Herausforderungen. Bislang mangelt es an spezifischen Angeboten für Menschen mit problematischem Crack-Konsum. Notwendig sind beispielsweise Rauchräume als Alternativen zum Konsum im öffentlichen Raum. Auch die niedrigschwellige medizinische und psychiatrische Akutversorgung ist lückenhaft.

Der Paritätische hat die politisch Verantwortlichen auf der Landesebene aufgefordert, dem dringenden Handlungsbedarf Rechnung zu tragen. Es gilt, das wachsende Ausmaß der Crack-Problematik genauer zu untersuchen und eine Hilfestruktur zu schaffen, die an die Bedarfe der Betroffenen angepasst ist, die Prävention stärkt und die schädliche Folgen des Konsums minimiert.

Eine weitere wichtige Forderung des Paritätischen Hessen: Die medizinische und pflegerische Versorgung von älteren drogenabhängigen Menschen muss dringend verbessert werden.

Drug Checking ermöglichen

Beim Drug Checking können Konsument*innen ihre illegalen Drogen auf Qualität und Inhaltsstoffe prüfen lassen. Ziel ist es, die gesundheitlichen Risiken des Konsums zu minimieren und die Zahl der Drogentoten zu senken. Voraussetzung: Die Drogenkonsument*innen müssen an einem Beratungsgespräch teilnehmen. Der Bundestag hat 2023 endlich auch eine Regelung geschaffen, die bundesweit Modellvorhaben ermöglicht. Was noch fehlt, ist eine Verordnung der neuen hessischen Landesregierung, die es Trägern der Suchthilfe ermöglicht, Drug Checking anzubieten. Die Vorgänger-Regierung hatte dafür bereits Mittel im Landeshaushalt eingestellt.

► Lars Lauer

Referent für Suchthilfe
lars.lauer@paritaet-hessen.org

Vor allem die Obdachlosigkeit von Kindern ist ein Skandal

Im Januar 2023 waren nach Angaben aus dem Wohnungslosenbericht des Statistischen Bundesamtes in Hessen 22.600 Menschen in einer Einrichtung für Wohnungslose untergebracht. Das waren 87 Prozent mehr als im Vorjahr. Lars Lauer, Referent für Soziale Notlagen sagt, was aus den Zahlen folgen muss.

Worauf ist der drastische Anstieg der Wohnungslosigkeit zurückzuführen?

Lars Lauer: Zum einen auf Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine in Deutschland Zuflucht gesucht haben und noch immer keine eigene Wohnung oder dauerhafte Bleibe gefunden haben. Aber auch auf eine verbesserte Datenlage nach Einführung der bundesweiten Statistik im Jahr 2022. Aber ein wesentlicher Grund für den starken Anstieg ist, dass tatsächlich mehr Menschen wohnungslos geworden sind.

Wer ist nicht in der Statistik aufgeführt?

Das sind vor allem Geflüchtete, deren Asylverfahren noch nicht positiv abgeschlossen sind und die in Gemeinschaftsunterkünften leben, aber faktisch keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum haben. Aber auch Frauen, die oft mit ihren Kindern länger als nötig in Frauenhäusern sind, weil sie keine Wohnung finden. Nicht zu vergessen: Menschen, die vorübergehend bei Freunden und Bekannten unterkommen oder auf der Straße leben.

Besonders schlimm ist, dass in Hessen laut amtlicher Statistik rund 6.000 Kinder und Jugendliche mit ihren Familien in Notunterkünften leben, beispielsweise weil ihre Eltern durch eine Räumungsklage ihre Wohnung verloren haben. Das ist für die Entwicklung der jungen Menschen alles andere als förderlich. Dieser Skandal ist Folge einer verfehlten Wohnungspolitik über Jahrzehnte hinweg. Wir brauchen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum: für Familien, für Menschen mit geringem Einkommen, aber auch für Menschen in besonderen Lebenslagen wie beispielsweise Haftentlassene.

„Die Hilfen für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind, müssen ausgebaut werden, besonders der Bereich Prävention durch flächendeckende Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit.“

► Lars Lauer

Referent für Soziale Notlagen
lars.lauer@paritaet-hessen.org



Selbsthilfeweche zeigt Vielfalt

Die Vielfalt der Selbsthilfe präsentiert der Paritätische 2025 bei der Selbsthilfeweche vom 16. bis 25. Mai. Zum Paritätischen Hessen gehören rund 140 Selbsthilfe-Organisationen zu gesundheitlichen und psychosozialen Themen: große Verbände wie der Sozialverband VdK und die Lebenshilfe, Alzheimer-Gesellschaft und Aidshilfe, aber auch kleinere Vereine, die sich zum Beispiel für Menschen mit seltenen Erkrankungen engagieren. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Selbsthilfe-Gruppen zu Themen wie ADHS, Krebs, Trauer, Sucht, Depression und Zwangserkrankungen.

► Lars Lauer

Referent Selbsthilfe
lars.lauer@paritaet-hessen.org

Generationenwechsel in der Selbsthilfe gestalten

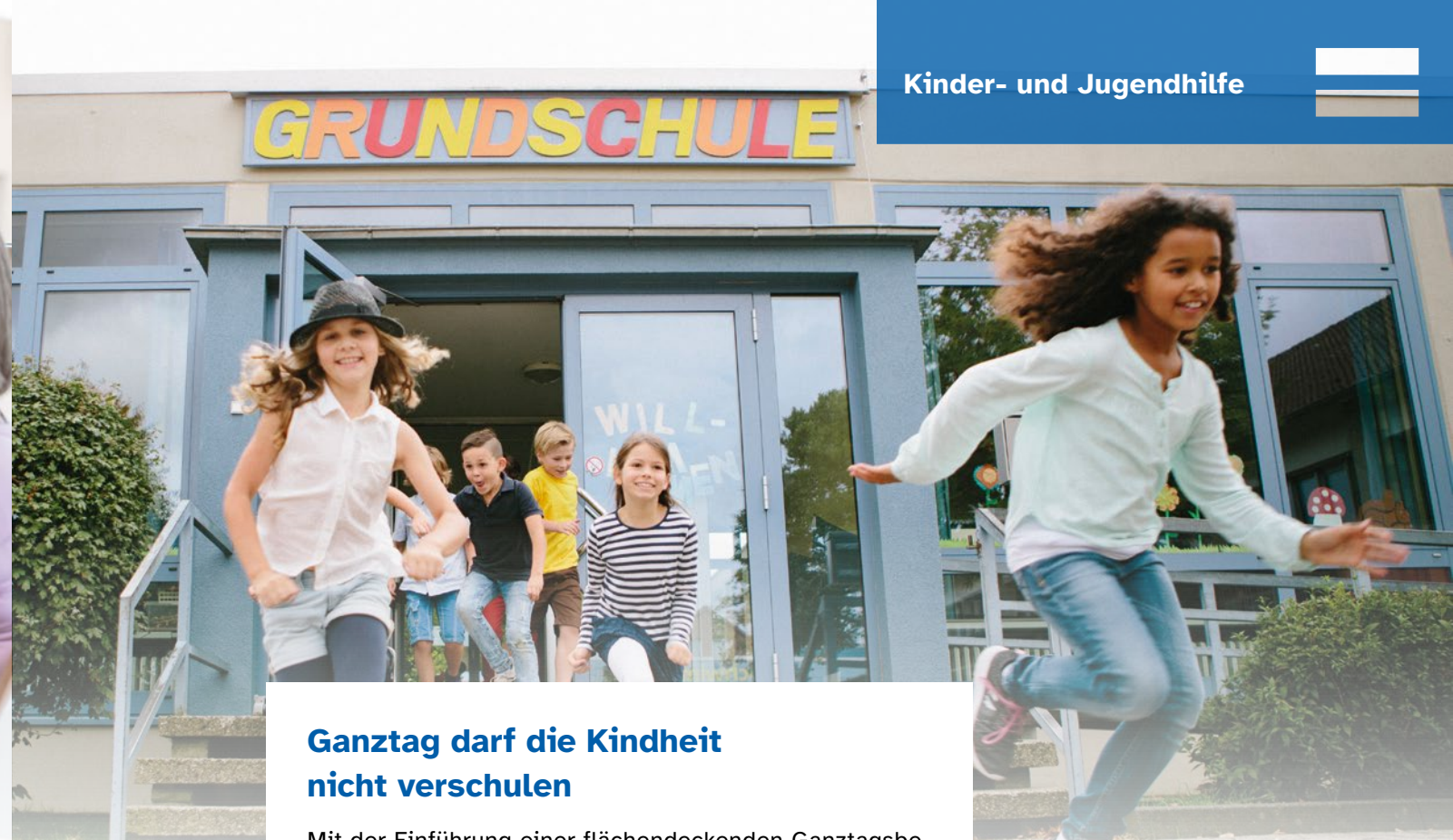
Die Corona-Pandemie hat auch in der Selbsthilfe einen Digitalisierungsschub ausgelöst. Viele Gruppen haben Online-Treffen geschaffen oder hybride Formate entwickelt, die sie auch jetzt weiter nutzen. Einige neu entstandene Gruppen von Menschen, die unter den Langzeitfolgen von Corona leiden, treffen sich sogar ausschließlich online. Dies ermöglicht auch Menschen, die aufgrund gesundheitlicher Probleme nicht mobil sind, die Teilnahme an den Gruppentreffen.

Die Digitalisierung kommt auch vielen jungen Menschen entgegen und ist somit eine Chance, den Generationenwechsel in der Selbsthilfe gut zu bewältigen. Denn viele Gruppen finden nur unter großen Anstrengungen neue Mitstreiter*innen und ehrenamtlich Engagierte, die als Gruppensprecher*innen längerfristig tätig sind. Dabei hat der direkte Austausch bei den Gruppentreffen eine besondere Qualität, auch wenn Social-Media-Aktivitäten eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Gerade hier ist es wichtig, Betroffenen Orientierung im Dschungel der Informationen zu gesundheitlichen Themen zu bieten.

Die Stärkung der gesundheitlichen und psychosozialen Selbsthilfe ist daher eine wichtige Aufgabe des Paritätischen Hessen, bei der er mit den Selbsthilfebüros eng zusammenarbeitet (siehe Kasten rechts). Eine bedeutende Rolle spielt dabei der Einsatz für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Selbsthilfe-Organisationen, -vereine und -gruppen.

Selbsthilfebüros und -kontaktstellen

Die Arbeit der Selbsthilfegruppen unterstützen auf vielfältige Weise die Selbsthilfebüros unter dem Dach der Paritätischen Projekte gGmbH in Darmstadt, Fulda, Groß-Gerau, Michelstadt und Offenbach sowie auch die Selbsthilfekontaktstellen in Frankfurt, Hanau, Gelnhausen und Gießen und die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen KISS in Homberg (Efze). Sie helfen etwa bei der Gründung einer Selbsthilfegruppe und der Raumsuche oder beraten in finanziellen Fragen.



Ganztag darf die Kindheit nicht verschulen

Mit der Einführung einer flächendeckenden Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 wird sich der Alltag vieler Kinder verändern. Der Paritätische Hessen macht sich dafür stark, dass bei der Konzeption künftiger Ganztagsangebote die altersgemäßen Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt gestellt werden und Kinder angemessen in die Planung einbezogen werden.

Schulsozialarbeit fördern

Bei der Reform des Sozialgesetzbuchs VIII wurde die Schulsozialarbeit als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe gesetzlich verankert. Der Paritätische Hessen setzt sich nun dafür ein, dass das Land die Schulsozialarbeit flächendeckend fördert.

Gemeinsam mit dem Hessischen Jugendring ist der Paritätische Hessen einer der Hauptinitiatoren des Bündnisses für einen kindgerechten Ganztag, das 2023 einen Appell an die damaligen hessischen Sozial- und Kultusminister Kai Klose und Prof. Dr.

Alexander Lorz sowie an die Kommunen verfasst hat. Das Bündnis, dem viele weitere Initiativen und Verbände angehören, fordert darin auch, die Kinder- und Jugendhilfe bei der Umsetzung der Ganztagsbetreuung auf Landesebene als wichtige Akteurin einzubinden.

In der Arbeitsgemeinschaft Ganztag des Landesjugendhilfeausschusses wirkte der Paritätische maßgeblich an der Erstellung von Leitlinien für den Ganztag mit, die der Landesregierung übermittelt wurden. Gemeinsam mit der Serviceagentur Ganztag organisierte er zudem zwei Fachveranstaltungen zu kindlichen Zeitbedürfnissen und zur Frage: Was zeichnet aus der Perspektive von Kindern im Grundschulalter einen guten Ganztag aus? Ein weiterer Fachtag des Paritätischen Hessen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Hessen und der LAG Sozialarbeit an Schulen Hessen ging der Frage nach: Welche Möglichkeiten hat Schulsozialarbeit, zur Bildungsgerechtigkeit beizutragen?



„Die Ganztagsbetreuung kann einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten, sie muss aber auch genügend Raum für die freie Entfaltung und Selbstbestimmung der Kinder lassen. Das ist ganz wichtig für ein gelingendes Aufwachsen.“

► Eric Gumlich

Referent für Kinder- und Jugendhilfe
eric.gumlich@paritaet-hessen.org



Inklusion in der Kita voranbringen

Wie kann Inklusion in Hessen flächendeckend in Kindertagesstätten umgesetzt und gelebt werden? Wie kann jedes Kind zeitnah einen Betreuungsplatz bekommen, der seinen individuellen Bedürfnissen entspricht? Und wie können die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das inklusive und interdisziplinäre Arbeiten von Fachkräften verschiedener Professionen zum Wohle der Kinder verbessert werden? Das waren zentrale Fragen, die 2023 das Fachreferat Kita in inner- wie außerverbandlichen Gremien beschäftigten. Auch eine Unterarbeitsgruppe aus gewählten Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen bearbeitet das Thema.

Der Paritätische fordert generell, die Inklusion und dazugehörige Maßnahmen im Hessischen Kinder- und Jugendgesetzbuch festzuschreiben. „Die Prozesse sollten mit verlässlichen Fristen versehen werden“, sagt Kita-Referentin Dr. Daniela Wehrstein. „Die Wartezeit bis zum Bescheid ist in Hessen höchst unterschiedlich – im Extremfall zwei Jahre. In manchen Kommunen hingegen dauert es nur einige Wochen“. Die für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Gelder sind nicht auskömmlich. Pauschalen im Rahmen der kommunalen wie auch der Landesförderung sollten an die Kostenentwicklungen angepasst werden. Darüber hinaus könnte die Vernetzung und Kooperation von Eingliederungshilfe, frühen Hilfen und Jugendhilfe durchaus verbessert und müssten die Ressourcen heilpädagogischer Fachberatung ausgebaut werden.

In Hessen wird die Gruppengröße in der Kita derzeit automatisch reduziert, wenn ein Kind oder mehrere Kinder mit Förderbedarf betreut werden. Kleinere Gruppengrößen kommen Kindern mit und ohne Förderbedarf und auch den Fachkräften zugute. Zugleich herrscht vielerorts ein Mangel an Betreuungsplätzen. „Bei allen Faktoren, die ein inklusives Arbeiten erschweren können, müssen wir sehr darauf achten, dass die Kinder mit Behinderung und besonderen Bedarfen nicht aus dem Regelsystem Kita fallen. Denn: Alle Kinder haben das Recht auf Teilhabe“, so Daniela Wehrstein.

Große Trägervielfalt

Der Paritätische Hessen hat in seiner Mitgliedschaft mehr als 160 Träger von Kindertagesstätten. Der Bogen spannt sich von kleinen Einrichtungen mit einer Gruppe über mehrgruppige Kitas bis hin zu großen Trägern mit vielen Einrichtungen und über 1.000 Beschäftigten. Auch die unterschiedlichsten pädagogischen Konzepte sind vertreten.

In vielen Kitas werden Metacom-Symbole für die Kommunikation genutzt.



„Gleichwertigkeit zu leben bedeutet, Unterschiedlichkeit wertzuschätzen und ihr angemessen zu begegnen. Es muss möglich sein, in den Kitas verschiedene Wege für eine gute inklusive Arbeit zu gehen – orientiert an den Bedürfnissen der Kinder.“

► Dr. Daniela Wehrstein

Referentin Kita
daniela.wehrstein@paritaet-hessen.org

„Die Finanzierung einer Einzelfallberatung für Migrant*innen ist einer der wichtigsten Bausteine der Integration, für den wir mehr als 20 Jahre gekämpft haben.“

► Lea Rosenberg

Referentin für Migration, Flucht und Asyl
lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Viel Schatten, aber auch ein wenig Licht

Mit intensiver Lobbyarbeit hat das Fachreferat Migration sich vor der hessischen Landtagswahl für eine humane Integrationspolitik stark gemacht. Detailliert wurden die Mitgliedsorganisationen zudem über die für sie relevanten Aussagen in den Wahlprogrammen der Parteien und im Ende Dezember vorgelegten Koalitionsvertrag von CDU und SPD informiert.

Die schwarz-rote Koalition hat sich auf eine Vielzahl restriktiver Maßnahmen geeinigt, die aus Sicht des Paritätischen Hessen eine Abkehr von der Genfer Flüchtlingskonvention und der Verfassung bedeuten würden. Neben viel Schatten sieht der Verband aber auch ein wenig Licht: So sollen endlich die vom Paritätischen schon lange geforderten Mindest- und Gewaltschutzstandards für Flüchtlingsunterkünfte eingeführt werden. Positiv ist auch, dass die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete im Koalitionsvertrag steht, wenn auch nur als Prüfpunkt – in den meisten anderen Bundesländern gibt es sie bereits.

Zudem will die Koalition professionelle Strukturen der Einzelfallberatung für Migrant*innen mit Landesmitteln fördern. An dieses Vorhaben werden auch im Hinblick auf den Fortbestand der bundesgeförderten Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte große Hoffnungen geknüpft. Diese ist unter anderem aufgrund der Mittelkürzungen durch den Bund akut in ihrer Existenz bedroht, falls sich das Land nicht bald an den Kosten beteiligt.



Hessen braucht eine Integrationsoffensive

Mehr als 130 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen sind im Bereich Migration aktiv. Aber auch in fast allen anderen Feldern der sozialen Arbeit besteht ein großer Bedarf an den Leistungen des Fachreferats: Fachinformationen, Einzelfallberatung und Schulungen, zum Beispiel zum Beschäftigungszugang geflüchteter Menschen.

In dem Aufruf „Hessen braucht eine Integrationsoffensive“ hat der Verband deutlich gemacht, dass es inhuman und unnötig ist, Menschen auszugrenzen und nur noch abschieben zu wollen. Denn auch die Freie Wohlfahrtspflege ist auf Migrant*innen und Geflüchtete als Arbeits- und Fachkräfte angewiesen – zum Beispiel in der Altenhilfe und Pflege. Ziel der neuen Landesregierung muss es daher sein, Integrationschancen für alle zu eröffnen.



Warnung vor dem Zusammenbruch sozialer Angebote

Gedenktafel enthüllt

Bevor er 1933 auf der Flucht vor den Nazis Deutschland verlassen musste, hatte der deutsch-jüdische Psychiater, Neurologe und Psychoanalytiker Siegmund Heinrich Fuchs seinen Wohn- und Praxissitz in dem Haus, in dem heute die Landesgeschäftsstelle des Paritätischen Hessen ist. Eine Gedenktafel für den Pionier der Gruppenanalyse enthüllten im Oktober 2023 am Gebäude Auf der Körnerwiese 5 in Frankfurt Martin Pröstler (links) und John Schlapobersky von der Deutschen Gesellschaft für Gruppenanalyse und Gruppenpsychotherapie (D3G) mit der Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen, Dr. Yasmin Alinaghi.

Drängende soziale Probleme wie wachsende Armut, horrende Mieten und den akuten Fachkräftemangel im sozialen Bereich in den Fokus der Berichterstattung zu rücken, war zentrales Anliegen der Pressearbeit des Paritätischen Hessen im Wahlkampfjahr 2023.

In einer Pressemitteilung wies der Paritätische Hessen im Herbst darauf hin, dass ein Drittel der sozialen Einrichtungen in Hessen wegen Geldmangels bereits Angebote und Leistungen für Klient*innen einschränken oder sogar ganz einstellen mussten. Diese Warnung vor einem Zusammenbruch sozialer Angebote wurde ebenso von den Medien aufgegriffen wie Pressemitteilungen, die der Paritätische Hessen zu den traurigen Höchstständen veröffentlichte, die Hessen 2023 bei Armut, Wohnungslosigkeit und Kindswohlfährdungen verzeichnete.

Als Reaktion auf das Eckpunkte-Papier des neuen Regierungsbündnisses von SPD und CDU warnte der Verband vor einer drohenden gesellschaftspolitischen Rolle rückwärts. Für die zweite Hälfte der 2020er sollten Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion sowie die sozial-ökologische Transformation ganz oben auf der Agenda stehen, forderte der Verband. Er kritisierte, dass die Migrationspolitik der neuen Koalition auf Abschottung, Ausgrenzung und Abschiebung setzt statt auf Integration und Förderung von Anfang an.

„Migration muss auch angesichts des demografischen Wandels endlich als Chance begriffen werden. Das war eine zentrale Botschaft in unserer Pressearbeit zur Landtagswahl.“

► Barbara Helfrich

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
barbara.helfrich@paritaet-hessen.org



Hoher Beratungsbedarf durch Bürgergeld-Reform

Die Einführung des Bürgergelds wirkt sich nicht nur auf die betroffenen Menschen aus. Sie strahlt auch in viele Mitgliedsorganisationen hinein, die sich für Menschen engagieren, die diese Leistung beziehen. Entsprechend groß war 2023 beispielsweise in der Eingliederungshilfe der Beratungsbedarf zu den Auswirkungen auf Betreuungsverträge, die entsprechend angepasst werden mussten. Auch die Umstellung bei den Kosten der Unterkunft für Heimbewohner*innen war ein wichtiges Thema. Wurden die Kosten für Unterkunft und Verpflegung früher pauschal berechnet, werden sie jetzt individuell ermittelt, basierend auf den tatsächlichen Ausgaben der Bewohner*innen.

Hinweisgeberschutzgesetz

Gibt es in einer Einrichtung, einer Firma oder einer Behörde Missstände oder Fehlverhalten, ist es wichtig, dagegen etwas unternehmen zu können. Damit Menschen, die diese Missstände aufdecken oder melden, keine Nachteile befürchten müssen, gibt es das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG). Es verpflichtet Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, spezielle Wege einzurichten, damit solche Meldungen auf einem sicheren Weg gemacht werden können.

Der Paritätische Hessen hat selbst auf seiner Homepage einen Hinweisgeberkanal etabliert. Zudem wurde ein externer, unabhängiger Hinweisgeberschutzbeauftragter ernannt. Darüber hinaus hat das Rechtsreferat auch Mitgliedsorganisationen umfassend über das neue Gesetz und die daraus folgenden Verpflichtungen beraten.



► Markus Frank

Referent Recht
markus.frank@paritaet-hessen.org

Vielfalt rechtlicher Themen

Ein wichtiger Service des Paritätischen Hessen ist die rechtliche Beratung seiner Mitgliedsorganisationen zu einer Vielzahl von Themen, beispielsweise zum Satzungs-, Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht, zum Spenden- und Zuwendungsrecht, aber auch zu allgemeinen arbeitsrechtlichen Fragestellungen. Darüber hinaus bietet das Fachreferat Unterstützung bei der Umsetzung tarifrechtlicher Regelungen und bei Verhandlungen mit Kostenträgern auf Landesebene.

Zähe Verhandlungen zur Umsetzung der Reform

Wer aufgrund einer Krankheit oder Behinderung seine rechtlichen Angelegenheiten oder andere wichtige Alltagsdinge nicht mehr selbst regeln kann, erhält meist Unterstützung durch rechtliche Betreuung. In etwa der Hälfte aller Fälle wird diese ehrenamtlich geleistet.

In Hessen gibt es 55 Betreuungsvereine, von denen 18 dem Paritätischen angehören. Mit der Reform des Betreuungsrechts haben sie ab 2023 einen gesetzlichen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Finanzierung ihrer Querschnittsaufgaben. Dazu gehört beispielsweise, ehrenamtliche Betreuer*innen zu gewinnen und zu schulen sowie sie bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Für diese Aufgaben hatte das Land für 2023 eine Förderung von 2,2 Millionen Euro vorgesehen. Doch die Auszahlung dieser Mittel

in Form von Zuwendungen durch die Kommunen kam nur schleppend voran, sagt Heidi Schlütter, Referentin für Betreuungsvereine beim Paritätischen Hessen. „Die Betreuungsvereine mussten in etlichen Kommunen mit den Betreuungsbehörden eine Vielzahl von Gesprächen führen, ehe überhaupt die notwendigen Zielvereinbarungen abgeschlossen werden konnten.“ Entsprechend lange dauerte es, bis die Landesmittel über die Kommunen ausgezahlt wurden. Auch die ergänzende kommunale Finanzierung – laut Landesausführungsgesetz lediglich eine Kann-Leistung – ist hessenweit sehr unterschiedlich: von ausreichend bis zu gar nichts.

Sonderzahlung reicht nicht aus

Dringend angehoben werden müssen aus Sicht des Paritätischen die Vergütungen, welche die Betreuungsvereine für Betreuungen bekommen, die ihre festangestellten Kräfte selbst führen. Dies sind meist Betreuungen, die für ehrenamtliche Betreuer zu umfangreich wären. Die Vergütung dieser Betreuungsleistungen stagniert seit Jahren. 2023 wurde daher bundesweit mit einer Evaluierung begonnen, die dazu führen soll, dass die Vergütungen ab 2026 angehoben werden. Zur Überbrückung hat die Bundesregierung eine Inflationsausgleichs-Sonderzahlung für zwei Jahre beschlossen, die aber erst 2024 greift. Schon jetzt ist klar: Für viele Vereine ist diese Sonderzahlung völlig unzureichend. Denn neben den höheren Tariflöhnen müssen sie infolge der Reform des Betreuungsrechts auch mehr Geld für die Fortbildung von Betreuer*innen aufbringen.

Zeitarbeit löst Problem des Fachkräftemangels nicht

Im Zuge des Fachkräftemangels geraten viele Mitgliedsorganisationen in ein Spannungsfeld zwischen den gesetzlichen Anforderungen, eine bestimmte Quote von Fachkräften erfüllen zu müssen, aber nicht genügend entsprechend qualifizierte Mitarbeiter*innen zu finden. Die Mitgliedsorganisationen vor allem im Bereich der Altenhilfe und der Eingliederungshilfe sehen sich vor diesem Hintergrund nicht selten gezwungen, über Zeitarbeitsfirmen Personal ins Haus zu holen. Das jedoch treibt die Personalkosten hoch. „Eine Fachkraft über einen Personaldienstleister ist mitunter doppelt so teuer wie ein*e festangestellte*r Mitarbeiter*in“, sagt Christoph Kapp, Referent für Recht beim Paritätischen Hessen. Für den Einsatz von teureren Zeitarbeitskräften konnte bislang noch keine entsprechende Refinanzierung durch die Kostenträger erreicht werden. Die Rahmenverträge orientieren sich bislang ausschließlich an

den Tarifen fest angestellter Mitarbeiter*innen und sind mitunter selbst da nicht kostendeckend. Hier fordert der Paritätische, dass in die Kalkulation eine bestimmte Quote von Zeitarbeits-Beschäftigten einbezogen wird. Ansonsten gerieten immer mehr Einrichtungen in finanzielle Defizite, betont Kapp. Mitunter seien die Beschäftigten der Zeitarbeitsfirmen sogar ehemalige Mitarbeiter*innen von Trägern der Alten- und

Eingliederungshilfe. Sie würden von Zeitarbeitsfirmen mit attraktiveren Konditionen angelockt: beispielsweise damit, dass sie nur noch ein Wochenende im Monat oder weit weniger Nächte zur Verfügung stehen müssen, während die Stammbesellschaft weit mehr Dienste leisten muss. Christoph Kapp: „Wir brauchen hinsichtlich des Einsatzes von Zeitarbeitskräften dringend eine gesetzliche Regulierung, die gemeinnützigen Trägern und ihrem Personal entspricht und nicht Profitinteressen dient.“

Unterstützung in Finanz- und Rechtsfragen

Die Abteilung Wirtschaft und Recht unterstützt Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen in Fragen rund um die Finanzierung ihrer Arbeit, bei der Organisationsentwicklung, in betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten. Zudem berät sie die Fachreferate in gesetzlichen und rechtlichen Fragen und begleitet sie bei der Verhandlung von Rahmenverträgen mit Kostenträgern.

„Der Fachkräftemangel befeuert derzeit den Einsatz von Zeitarbeitskräften bei sozialen Trägern. Damit kleben wir jedoch nur vorübergehend ein kleines, aber teures Pflaster auf eine große Wunde. Der Fachkräftemangel wird dadurch nicht geringer.“

► Christoph Kapp

Referent für Recht in der Abteilung Wirtschaft und Recht
christoph.kapp@paritaet-hessen.org

„Dass die Querschnittsaufgaben der Betreuungsvereine jetzt sicher finanziert werden, ist sehr gut. Leider ist mit der Reform aber auch der Dokumentationsaufwand für sie enorm gestiegen.“

► Heidi Schlütter

Referentin für Betreuungsvereine
heidi.schluetter@paritaet-hessen.org



Fördermittel und Rahmenverträge

Der Paritätische Hessen bietet seinen Mitgliedsorganisationen Beratung und Unterstützung bei der Beantragung einer Vielzahl von Fördergeldern: von Bundes- und Landesmitteln über Soziallotterien wie Aktion Mensch, Glücksspirale und Deutsche Fernsehlotterie bis hin zu Stiftungen, aber auch der verbandseigenen Mikroförderung. Mehr als 100 Rahmenverträge mit Wirtschaftsunternehmen ermöglichen zudem die preisgünstige Anschaffung von der Kita-Ausstattung über Kraftfahrzeuge bis zum Bürobedarf.

Beratung zum Einstieg in Fundraising und Fördermittelmanagement

Die Akquise von Stiftungsmitteln, Spenden und Geldern von Sponsor*innen gewinnt zunehmend an Bedeutung für die Finanzierung sozialer Arbeit. Der Paritätische bietet für seine Mitgliedsorganisationen sowohl eine Erstberatung zum Einstieg ins Fundraising als auch vertiefend ganztägige Workshops an. Dabei geht es unter anderem um grundlegende Fragen von Institutional Readiness, was für die Bereitschaft einer Organisation steht, Fund-

raising effektiv und strategisch gezielt umzusetzen – unter Einbeziehung aller Beteiligten: vom Vorstand bis zu den Beschäftigten. Wichtig ist auch, welche organisatorischen, kommunikativen, personellen, finanziellen und technischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um Fundraising bei einer gemeinnützigen Organisation erfolgreich und langfristig aufzubauen.

Die Workshops sprechen Interessierte aus sämtlichen Feldern der sozialen Arbeit an, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen aus kleineren Vereinen ebenso wie von großen Trägern. Erfahrene Referent*innen zeigen Strategien, Methoden und Instrumente auf, die sich im Alltag bewährt haben. Zudem haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich über Erfahrungen auszutauschen und miteinander zu vernetzen.

„Erfolgreiches Fundraising und bedarfsgerechtes Fördermittelmanagement ermöglichen so manches Projekt, das aufgrund fehlender öffentlicher Mittel sonst nicht zustande kommen würde.“

► **Claudia Landor**

Fachberatung Soziallotterien, Stiftungen und Fundraising
claudia.landor@paritaet-hessen.org

Kitas erarbeiten Gewaltschutzkonzepte

Das hessische Kinder- und Jugendhilfegesetz verpflichtet Kindertagesstätten beziehungsweise deren Träger dazu, ein Gewaltschutzkonzept vorzulegen. Ohne ein solches Konzept zum Kinderschutz gibt es keine Betriebserlaubnis. Bis zum 31. August 2024 müssen die Träger von Kitas beziehungsweise die Einrichtungen in Hessen ein Gewaltschutzkonzept auf Grundlage des Bildungs- und Erziehungsplans vorlegen oder nachweisen, dass ein solches in Arbeit ist.

Die Beraterinnen des Netzwerks Paritätische Fachberatung Kita haben 2023 eine Vielzahl von Kitas unter dem Dach des Paritätischen bei der Erarbeitung ihrer Gewaltschutzkonzepte unterstützt. Dabei galt es, der Vielfalt der Träger und Einrichtungen entsprechend Rechnung zu tragen: von der Elterninitiative mit ehrenamtlichem Vorstandsteam bis zum großen Kita-Träger mit mehreren Einrichtungen. Von der Information über die rechtlichen Grundlagen und Anforderungen über Unterstützung bei der Erarbeitung des Konzepts bis hin zu Fragen der Umsetzung reichte die Begleitung.

Zu den wichtigen Aspekten des Gewaltschutzkonzepts zählt beispielsweise:

- Die Ermittlung von Gefährdungspotenzialen in der jeweiligen Kita: Wie können Strukturen, Arbeitsabläufe und Räumlichkeiten Machtmissbrauch und (sexualisierte) Gewalt begünstigen? Wie kann dem durch einrichtungsspezifische Präventionsmaßnahmen und strukturelle Veränderungen entgegengewirkt werden? Wie ist der Umgang im Team mit Konflikten?
- Wie setzen Kitas Selbstbestimmung und Mitbestimmung der Kinder konzeptionell und praktisch um?
- Wie ist der Umgang mit Grenzverletzungen und Übergriffen durch Fachkräfte und unter Kindern?
- Wie können Eltern für das Thema Kinderschutz sensibilisiert werden?

Viele Kitas konnten hier zum Teil auch schon auf grundlegende Elemente in ihrer Einrichtungskonzeption zurückgreifen.



„Das Gewaltschutzkonzept soll ein gelebtes Konzept sein. Daher sind Aspekte der Qualitätssicherung und -entwicklung wichtige Bestandteile.“

► **Christine Greilich**

Kita-Fachberatung
christine.greilich@fachberatung-kita.org

Beratung in vier Regionen

Mit vier Fachberaterinnen für den Bildungs- und Erziehungsplan betreut das Netzwerk Paritätische Fachberatung Kita mehr als 200 Kitas von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in den Regionen Nord-, Mittel-, Süd- und Westhessen.



Bunter Einblick ins bürgerschaftliche Engagement auf Social Media

Die vielen Facetten bürgerschaftlichen Engagements stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken – das war 2023 Ziel einer Social-Media-Aktion des Paritätischen Hessen zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Ehrenamtliche aus unterschiedlichen Bereichen und Altersgruppen stellten in Interviews und Videoclips ihr Engagement vor. Sie sprachen über ihre Motivation und wie sie selbst von ihrem Einsatz für andere profitieren. Beispielsweise, indem sie Neues ausprobieren, Kompetenzen entwickeln und interessante Menschen kennenlernen.

Ob im Freiwilligen- oder Familienzentrum, im feministischen Mädchenhaus, auf dem Kinderbauernhof, bei der Bewährungs- oder Wohnungslosenhilfe – die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen eröffnen Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren möchten, ein riesiges Repertoire an Möglichkeiten: Menschen nach der Entlassung aus der Haft beim Neuanfang unterstützen, Kindern vorlesen, in der Küche der Arbeitsloseninitiative gemeinsam mit anderen leckeres Essen zubereiten oder im Vorstand Verantwortung für Mitarbeiter*innen, die Umsetzung der Satzungsziele sowie die Finanzen der Organisation übernehmen ... nur ein paar Beispiele von vielen.

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ist kein Selbstläufer. Es braucht neben Anerkennung und Wertschätzung auch professionelle Koordination und eine Förderung durch gute Rahmenbedingungen. Dazu hat der Paritätische Hessen Forderungen an die Politik formuliert.

Forderungen an die Politik

- Bürgerschaftliches Engagement muss für alle möglich sein, Herkunft, Alter, sprachliche Barrieren, eine Beeinträchtigung oder geringes Einkommen dürfen keine Rolle spielen. Unterschiede in den Möglichkeiten zur Ausübung müssen durch spezielle Förderprogramme ausgeglichen werden.
- Engagierte müssen bei der Ausübung des Ehrenamtes unterstützt werden: durch hauptamtliche Begleitung, durch Angebote zur Qualifizierung, durch Vernetzungsmöglichkeiten und durch Vergünstigungen wie die kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.
- Der Zugang zu freiwilligem Engagement muss erleichtert werden. Dazu gehören hauptamtliche Freiwilligenkoordinator*innen, die Ehrenamtliche gewinnen, schulen und begleiten, ebenso wie Freiwilligenagenturen und Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen.



Positive Erfahrungen mit der Expert*innenvermittlung

Fachkräftemangel, Generationenwechsel im Vorstand und in der Mitarbeiterschaft, die Umwandlung vom Verein in eine gemeinnützige GmbH – all das stellt Mitgliedsorganisationen des Paritätischen vor große Herausforderungen. Um sie dabei zu unterstützen, hat der Paritätische Hessen 2022 das Projekt „Paritätische Expert*innenvermittlung“ gestartet. Unter dem Motto „Paritätäter*innen helfen Paritätäter*innen“ war das Ziel der Aufbau eines Netzwerks, dem ehemalige oder noch aktive Fach- und Führungskräfte aus unterschiedlichen Feldern der sozialen Arbeit angehören, aber auch aus anderen Bereichen wie Gesundheitswesen, Wirtschaft und Verwaltung. Mit ihrer ehrenamtlichen oder nebenberuflichen Unterstützung konnte der Verband sein Beratungs- und Hilfsangebot für die Mitgliedsorganisationen erweitern. So kam mit Unterstützung der Expert*innenvermittlung eine Vielzahl von Kooperationen zustande. Zum Beispiel erhielt eine Mitgliedsorganisation Unterstützung beim Ausbau ihrer Verwaltungsstrukturen. Eine weitere Mitgliedsorganisation wurde beim Qualitätsmanagement beraten, andere erhielten Coaching oder Supervision und Unterstützung bei der Personalentwicklung. Nach zwei Jahren war das Projektende auf Februar 2024 terminiert. Die bis dahin aufgebaute Expert*innen-Datenbank kann weiterhin genutzt werden.

Wie geht es nun weiter? Dazu Laura Nohl von der Expert*innenvermittlung: „Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass es sinnvoll ist, auch schon jüngeren Menschen die Sozialwirtschaft als künftiges Betätigungsfeld nahezubringen. Darum sollen nach dem Ende des Projekts Expert*innenvermittlung ab Februar 2024 in einem weiteren Projekt Studierende – vor allem aus dem Wirtschaftsbereich – in den Fokus gerückt und mit Mitgliedsorganisationen zusammengebracht werden. Denn gerade bei sozialwirtschaftlichen Aspekten haben die Mitgliedsorganisationen vielfältigen Unterstützungsbedarf.“



„Es ist immer wieder schön zu sehen, wie toll die Unterstützung der Expert*innen bei den Organisationen ankommt. Der Erfahrungsschatz, den sie mitbringen, und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe sind sehr wertvoll.“

► Laura Nohl

Projekt Expert*innenvermittlung
laura.nohl@paritaet-hessen.org

„Freiwilliges Engagement ist fluide. Vor allem junge Menschen engagieren sich verstärkt projektbezogen. Dies muss ebenso anerkannt und gefördert werden wie traditionelle Formen bürgerschaftlichen Engagements.“

► Nina Hollatz

Projektreferentin Bürgerschaftliches Engagement
nina.hollatz@paritaet-hessen.org



Bei der Jubiläumsfeier betonte Hessens ehemaliger Sozialminister Kai Klose: „Die zahlreichen vom HKFB entwickelten Projekte und Initiativen verbessern die Teilhabe von Frauen mit Behinderung und schärfen das Bewusstsein für ihre Anliegen und Bedarfe.“ Links im Bild: Rita Schroll, rechts: Heidi Nitschke, Vorstandsmitglied des Paritätischen Hessen.

„Mir ist wichtig, Frauen mit Behinderung zu ermutigen, ihre Rechte einzufordern und selbstbewusst nach der Unterstützung zu fragen, die jeweils gebraucht wird.“

► Rita Schroll

Leiterin des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung
hkfb@paritaet-hessen.org

Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung feiert Jubiläum

Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB) hat im September 2023 sein 30-jähriges Bestehen gefeiert. Leiterin Rita Schroll berichtet über Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Frau Schroll, warum braucht es das HKFB?

Rita Schroll: Es gibt eine Vielzahl von Gründen. Frauen mit Behinderung sind zum Beispiel zwei- bis dreimal so häufig von Gewalt betroffen wie Frauen ohne Behinderung. Darum setzt sich das HKFB mit vielen Kooperationspartnern für Konzepte zum Gewaltschutz ein und hat auch an Landesaktionsplänen und konkreten Handlungsempfehlungen zur Gewaltprävention für Beschäftigte von Einrichtungen mitgearbeitet. Zudem bestehen erhebliche Unterschiede in der Sozialisation zu Frauen ohne Behinderung. Die berufliche Benachteiligung von Frauen mit Behinderung ist ebenfalls weiterhin ein Thema. Auch beim barrierefreien Zugang zu Beratung und gesundheitlicher Versorgung gibt es noch viel zu verbessern.

Was hat die UN-Behindertenrechtskonvention für Ihre Arbeit gebracht?

Einiges an Rückenwind. Doch wir werden noch lange für Barrierefreiheit und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen und insbesondere von Frauen mit Behinderung in allen Lebensbereichen kämpfen müssen.

Aufgrund einer Spende war es dem HKFB möglich, eine neunteilige Workshop-Reihe zum Empowerment von Frauen mit Behinderung zu konzipieren und kostenlos ab Ende 2023 anzubieten.

Breites Spektrum

1993 wurde das HKFB vom hessischen Ministerium für Soziales und Integration gemeinsam mit dem Kasseler Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter e.V. ins Leben gerufen. Es war bundesweit die erste Anlaufstelle dieser Art. Seit 2015 ist das HKFB in der Trägerschaft des Paritätischen Hessen. Sein breites Tätigkeitsspektrum hat das Ziel, die Lebensbedingungen und Chancen der rund 300.000 in Hessen lebenden Frauen mit Behinderung zu verbessern und ihre Selbstbestimmung zu fördern. Dazu gehört unter anderem die Mitarbeit in Gremien wie Landesfrauenrat, Landespräventionsrat, Inklusionsrat und Landesbehindertenrat. Ebenso wichtig ist die Beratung von Organisationen und Einrichtungen sowie der Politik. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Beratung von Frauen mit Behinderungen und deren Angehörige. Hinzu kommen Fortbildungen, Vorträge, Workshops, Tagungen und Publikationen.



„Kinder und Jugendliche, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind, müssen in ganz Hessen schnell und unkompliziert Hilfe und Beratung finden.“

► Vera Geißler

bis April 2024 Leiterin des Projekts zur Koordinierung der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend, seitdem Leiterin der Landeskoordinierungsstelle der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend

vera.geissler@paritaet-hessen.org

Vernetzung und Qualitätsstandards geschaffen

In Hessen gibt es 45 Fachberatungsstellen, die auf das Thema sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend spezialisiert sind. Mehr als 95 Prozent der Fachberatungsstellen in freier Trägerschaft gehören zum Paritätischen Hessen. Das Projekt zur Koordinierung der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend hat sich seit 2021 erfolgreich für die Vernetzung aller Fachberatungsstellen engagiert. Mit regelmäßigen Netzwerktreffen hat es eine Struktur für den hessenweiten, trägerübergreifenden Austausch der Fachberatungsstellen geschaffen. Es will darüber hinaus den Ausbau der Beratungskapazitäten vorantreiben.

Landeskoordinierungsstelle führt Arbeit fort

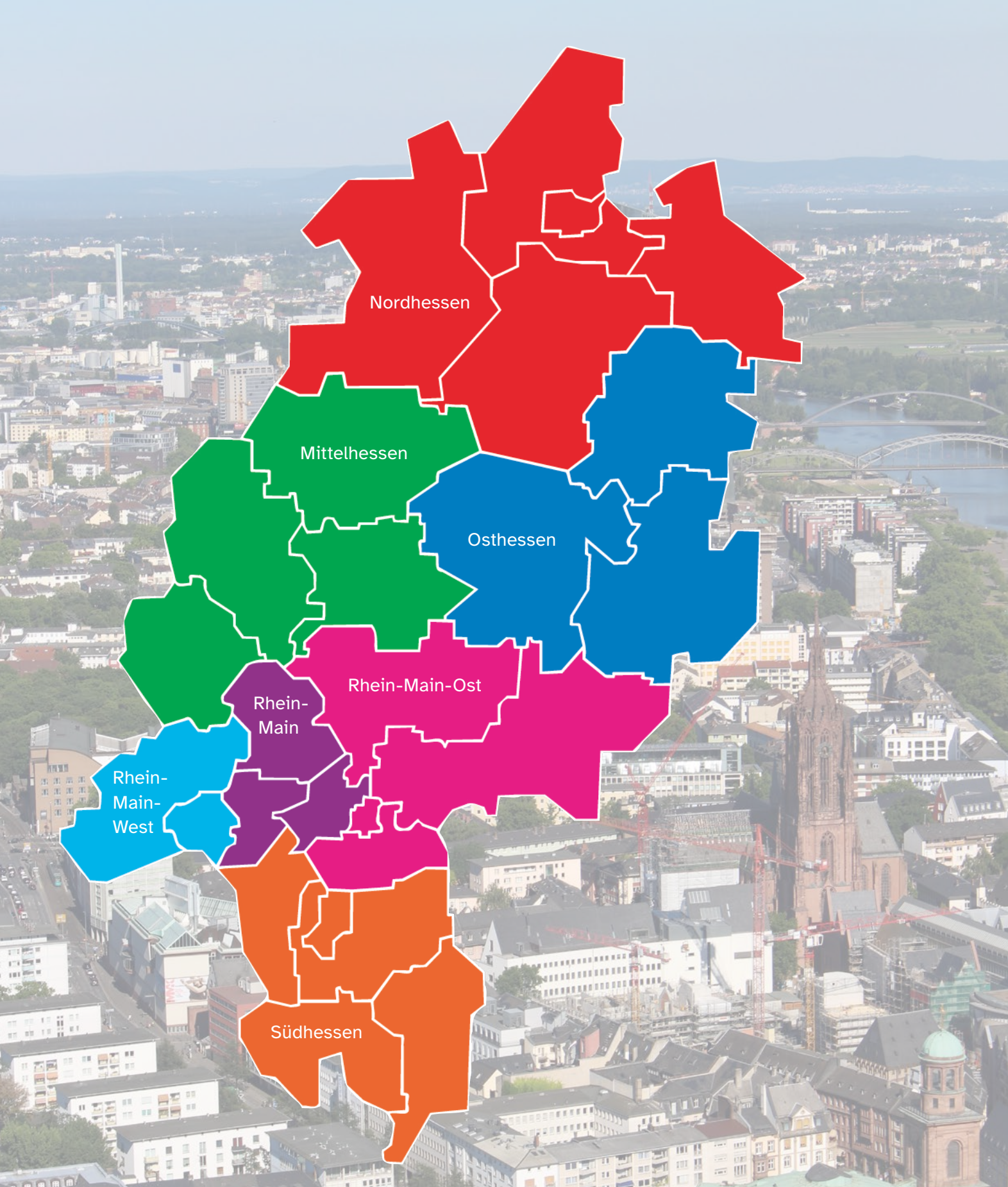
Nach der erfolgreichen dreijährigen Projektphase wird die Fachberatung gegen sexuelle Gewalt in Kindheit und Jugend ab April 2024 in einer vom Land geförderten Koordinierungsstelle unter Trägerschaft des Paritätischen Hessen fortgeführt. Sie soll die Fachberatungsstellen vor Ort unterstützen, den Informationsaustausch verbessern und die Kommunen bei der Entwicklung von Kinderschutzmaßnahmen gegen sexualisierte Gewalt unterstützen. Dies ist ein wichtiger Baustein des Landesaktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt.

geschaffen. Es will darüber hinaus den Ausbau der Beratungskapazitäten vorantreiben.

„Ein großer Meilenstein war die Entwicklung trägerübergreifender Qualitätsstandards“, sagt Projektleiterin Vera Geißler. Die Beratungsstellen arbeiteten bisher mit unterschiedlichen Qualitätsstandards verschiedener Fachgesellschaften, die nun durch einheitliche Qualitätskriterien abgelöst werden sollen, die aber auch die Besonderheiten der Beratungsstellen und die plurale Trägerschaft abbilden. Dazu gehören zum Beispiel: barrierefreie Zugänge, Online-Beratungsangebote und mindestens zwei festangestellte Fachkräfte pro Einrichtung. Die Qualitätsstandards bieten auch eine Verhandlungsgrundlage gegenüber den Kostenträgern wie den Kommunen.

Sexualisierte Gewalt

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche hat viele Erscheinungsformen: Dazu gehören beispielsweise körperliche Übergriffe bis hin zur Pädokriminalität, verbale Verletzungen der persönlichen Schamgrenzen und das Anfertigen oder Versenden von Nacktbildern. Die Taten geschehen im privaten Lebensumfeld ebenso wie im institutionellen Rahmen, etwa Kita und Schule. Frühe Hilfen für betroffene Kinder und Jugendliche sind zur Verarbeitung der Erfahrungen entscheidend.



Aus den Regionen

Der Paritätische in der Region

Der Paritätische Hessen vertritt innerhalb der Paritätischen Gesamtorganisation die gemeinsamen Grundüberzeugungen seiner Mitgliedsorganisationen nach innen und außen. Er unterhält dazu eine zentrale Landesgeschäftsstelle sowie dezentrale Regionalgeschäftsstellen.

Aufgabe dieser Regionalgeschäftsstellen ist es, die regionale Präsenz des Verbands zu gewährleisten und den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen regionale Ansprechpartner*innen zur Verfügung zu stellen.

Als Schnittstelle zwischen den zentralen Aufgaben und den Mitgliedsorganisationen erfüllen die Regionalgeschäftsstellen besondere Funktionen in enger Zusammenarbeit mit den Kreisgruppen, deren Sprecher*innen sowie dem regionalen Sprecher*innen-Rat. Insbesondere sind sie Wissensmanager und Coach für die Kreisgruppen und Mitgliedsorganisationen.

■ Region Osthessen

LK Hersfeld-Rotenburg, Vogelsbergkreis, LK Fulda, Stadt Fulda

Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Petersberger Straße 21, 36037 Fulda
Telefon: 06 61/9 01 98 44
E-Mail: fulda@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Karola Günther

■ Region Rhein-Main-Ost

Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Offenbach

Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Berliner Straße 219, 63067 Offenbach
Telefon: 069/80 10 65 00
E-Mail: offenbach@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführer: Sven Malsy

■ Region Südhessen

LK Groß-Gerau, LK Bergstraße, Odenwaldkreis, LK Darmstadt-Dieburg, Stadt Darmstadt

Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Poststraße 9, 64293 Darmstadt
Telefon: 0 61 51/89 92 62
E-Mail: darmstadt@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführer: Dr. Erik Sparn-Wolf

■ Region Rhein-Main

Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Stadt Frankfurt a.M.

Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Eschersheimer Landstraße 10, 60322 Frankfurt/Main
Telefon: 0 69 / 95 52 62-51
E-Mail: frankfurt@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Franziska Zühlsdorff

■ Region Rhein-Main-West

Rheingau-Taunus-Kreis, Stadt Wiesbaden

Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Bahnhofstraße 36, 65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11/3 08 56 64
E-Mail: wiesbaden@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Heike Lange

■ Region Mittelhessen

LK Marburg-Biedenkopf, Stadt Marburg, Lahn-Dill-Kreis, Stadt Wetzlar, LK Limburg-Weilburg, LK Gießen, Stadt Gießen

Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Bahnhofstraße 61, 35390 Gießen
Telefon: 06 41/98 44 45-0
E-Mail: giessen@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Claudia Klee

■ Region Nordhessen

LK Kassel, Stadt Kassel, LK Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis

Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Treppenstraße 4, 34117 Kassel
Telefon: 05 61/81 64 45 02
E-Mail: kassel@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführer: Jörg Müller

Prekäre Finanzlage im Kreis Groß-Gerau schlägt auf soziale Träger durch

Der Kreis Groß-Gerau gehört zu den finanzschwächsten in Hessen. Im geplanten Haushalt für 2023 fehlten 23 Millionen Euro. Die Folge: Das Regierungspräsidium genehmigte den Etat nicht. Diese Haushaltssperre hatte einen rigiden Sparkurs zur Folge. Viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen mussten selbst bei bestehenden Verträgen zum Teil lange auf Zuschüsse des Kreises warten. Nicht selten hingen sie mit ihren Finanzierungsplänen in der Luft, mussten umschichten oder Kürzungen vornehmen – besonders für kleine Träger vielfach eine existenzgefährdende Situation.

Der Paritätische machte diese prekäre Lage gemeinsam mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege gegenüber dem Landkreis mehrfach deutlich: Nur durch großen Einsatz der Träger konnte bislang verhindert werden, dass Angebote, beispielhaft im familienentlastenden Dienst, wegbrechen. Mit der Genehmigung des Kreis-Haushalts 2024 soll diese Extremsituation nach rund anderthalb Jahren nun ein Ende haben. Angesichts des weiter bestehenden Spardrucks gilt es, Einschnitten und Kürzungen sozialer Leistungen vor Ort jedoch auch zukünftig wachsam entgegenzuwirken. „Wir müssen gemeinsam, koordiniert und solidarisch für den Sozialbereich eintreten“, sagt Dr. Erik Sparn-Wolf. Regionalgeschäftsführer des Paritätischen in Darmstadt.



„Die prekäre Finanzlage im Kreis Groß-Gerau ist leider nur die Spitze des Eisbergs. In ganz (Süd-)Hessen leiden Kreise und Kommunen unter chronischer Unterfinanzierung seitens Land und Bund, während die Kosten für soziale Leistungen sowie Personal, Energie und Bauvorhaben wachsen.“

► Dr. Erik Sparn-Wolf

Regionalgeschäftsführer in Darmstadt
darmstadt@paritaet-hessen.org



„Angesichts des wachsenden Finanzdrucks ist die verlässliche Zusammenarbeit mit kommunal Verantwortlichen in Politik und Verwaltung von besonderer Bedeutung. Wir müssen unsere Interessen gebündelt und koordiniert einbringen, damit die Folgen für den Sozialbereich bestmöglich abgefedert werden können.“

► Bettina Wickert-Kraft

Leiterin der KinderNaturGarten gGmbH in Darmstadt und Sprecherin der Kreisgruppe Darmstadt und Darmstadt-Dieburg



Gemeinsamkeit stärkt

Vielfalt und Solidarität als wichtige Werte des Paritätischen haben im Jahr 2023 die Aktivitäten in Frankfurt sowie im Main-Taunus- und Hochtaunuskreis geprägt. Vieles ist im Verband und bei seinen Mitgliedsorganisationen im Zuge der Gemengelage aus Inflation, fehlenden Fachkräften und damit einhergehenden strukturellen Veränderungen im Umbruch. Gleichzeitig gilt es angesichts drohender Mittelkürzungen um den Erhalt der sozialen Infrastruktur zu kämpfen. „Egal, ob großer Träger der Arbeitsmarktintegration oder kleine Elterninitiative – alle ziehen am gleichen Strang“, sagt Franziska Zühlsdorff, seit 2023 Geschäftsführerin der Regionalgeschäftsstelle Rhein-Main. „Die Gemeinsamkeit als Parität*innen wird als Stärke erlebt, die uns auch politisch Bedeutung verleiht.“ Solidarität und Kooperationen untereinander sind wegweisend für die Bewältigung derzeitiger und zukünftiger Herausforderungen. Hierbei sind die Mitglieder des Paritätischen Vorreiter.

Damit auch neue Mitgliedsorganisationen sich schnell im Verband zuhause fühlen, organisierte die Regionalgeschäftsstelle für die gesamte Region ein gemeinsames Frühstück unter dem Motto „Neu im Paritätischen“. Es bot Mitgliedsorganisationen, die noch nicht lange dem Verband angehören, die Möglichkeit zum Kennenlernen und Vernetzen, ebenso Personen, die neu Geschäftsführungspositionen oder Vorstandsämter bei Mitgliedsorganisationen übernommen haben. Das ermöglichte auch den Erfahrungsaustausch zum Thema Generationenwechsel, der sowohl ältere als auch jüngere Vertreter*innen von Mitgliedsorganisationen vor neue Herausforderungen stellt.

„Unsere Mitgliedsorganisationen sind keine Bittsteller. Sie übernehmen als Träger sozialer Dienste im staatlichen Auftrag wichtige soziale Aufgaben.“

► Franziska Zühlsdorff

Regionalgeschäftsführerin
in Frankfurt
frankfurt@paritaet-hessen.org

Main-Taunus- und Hochtaunuskreis

In den Kreisen Main-Taunus und Hochtaunus wurde der Austausch in den Kreisgruppensitzungen intensiviert, um das Miteinander wieder stärker aufleben zu lassen, aber auch fachliche Themen voranzubringen. Dazu gehörte beispielsweise das Thema Kinderschutz. In einem Gespräch mit Katrin Hechler, der Sozialdezernentin des Hochtaunuskreises, mahnten Vertreter*innen der Kreisgruppe die dringende Umsetzung von Kinderschutzkonzepten in Schulen an. Wie in Frankfurt wurde auch im Taunus darüber diskutiert, welche Folgen der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026 für die Träger der Kinder- und Jugendhilfe hat und wie Kooperationen mit den Schulen in einer Verantwortungsgemeinschaft auf Augenhöhe gestaltet werden können.



Initiative gegen Wohnungsnot im Vogelsberg

Bezahlbarer Wohnraum ist im Vogelsbergkreis Mangelware. Wie dieses Problem gelöst werden kann, ist Thema einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Ersten Kreisbeigeordneten Dr. Jens Mischak. In ihr wirkt auch der Paritätische in der Region mit, ebenso wie Vertreter*innen von Mitgliedsorganisationen, anderen Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Banken, Wohnungsbaugesellschaften und Wirtschaftsverbänden.

Entstanden ist die breite Vernetzung beim Runden Tisch Wohnen im Vogelsbergkreis, der im April 2023 von der Regionalgeschäftsstelle Fulda des Paritätischen Hessen organisiert wurde. Denn für viele seiner Mitgliedsorganisationen und die von ihnen betreuten Menschen ist der Wohnraumangel ein großes Problem. Besonders Menschen mit Behinderung, sozialen Problemen oder geringem Einkommen haben es schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Es fehlen kleine und barrierefreie Wohneinheiten – auch für ältere Menschen, deren Zahl künftig weiter steigen wird. „Der Vogelsbergkreis hat hessenweit den geringsten Bestand an geförderten Wohnungen. Es gibt nur 300 Sozialwohnungen, seit Jahren ist keine neue hinzugekommen“, sagt Karola Günther, Regionalgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen.

Beim Runden Tisch schilderten Vertreter*innen sozialer Organisationen, aus der Handwerkerschaft sowie aus der Industrie anschaulich die vielfältigen Folgen des Wohnraum Mangels, der auch die Fachkräfteproblematik potenziert. So manche freie Stelle kann nicht besetzt werden, weil Interessent*innen keine Wohnung in der Nähe finden und auch öffentliche Verkehrsverbindungen mangelhaft sind.

Aktuelles auf Social Media

Um Interessierte über die Aktivitäten des Paritätischen in der Region Osthessen auf dem Laufenden zu halten, hat die Regionalgeschäftsstelle ihre Social-Media-Aktivitäten intensiviert. Sowohl auf Facebook als auch auf Instagram gibt es Paritätische News aus dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg, dem Vogelsbergkreis sowie dem Kreis und der Stadt Fulda. Außerdem hat der Paritätische einen eigenen YouTube-Kanal: Der Paritätische Hessen – Geschäftsstelle Fulda. Dort ist auch der Runde Tisch Wohnen dokumentiert.



„Der Paritätische glaubt daran, dass es wirksame Mittel gegen die Wohnungsnot gibt. Wir sehen uns in einer Verantwortungsgemeinschaft mit der Politik. Gemeinsam wollen wir etwas bewegen für die Menschen im Vogelsberg.“

► **Karola Günther**

Regionalgeschäftsführerin in Fulda
fulda@paritaet-hessen.org



„Der Paritätische schlägt für uns die Brücke zur Politik. So kommen wir persönlich in den Dialog mit politischen Entscheidungsträger*innen.“

► **Jutta Becker**

Sprecherin der Kreisgruppe und geschäftsführend im Vorstand des VPSt Verein für psychosoziale Therapie e.V. in Laubach

Vertrauensvoller Dialog mit Politiker*innen

Der Paritätische hat in der Region Mittelhessen angesichts des Landtagswahlkampfes 2023 neue Wege eingeschlagen, um mit Politiker*innen intensiver ins Gespräch zu kommen. „Wahlprogramme auf Seiten der Politik, politische Positionspapiere der Wohlfahrtsverbände und Podiumsdiskussionen zwischen Vertreter*innen beider Seiten haben durchaus ihren Wert“, sagt Claudia Klee, Regionalgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen in Gießen. „Gleichzeitig haben wir festgestellt: Es braucht auch noch andere Austausch-Formate, bei denen unsere Kreisgruppen und Mitgliedsorganisationen den Politiker*innen besser deutlich machen können, wie sich deren Entscheidungen auf die Menschen vor Ort auswirken.“

Jenseits des politischen Schlagabtauschs boten ein Sozialfrühstück und ein Kamingespräch dafür einen vertrauensvollen Rahmen. So ging es beim Sozialfrühstück in den Gesprächsrunden an Thementischen unter anderem um Gewaltschutz, Hilfen in sozialen Notlagen, Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Schwangerschaftskonfliktberatung. Vertreter*innen von Mitgliedsorganisationen hatten die Gelegenheit, Direktkandidat*innen für die Landtagswahl zu schildern, wie die Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit verbessert werden könnten und welche Folgen beispielsweise Mittelkürzungen für die Klient*innen haben. Der offene, sachorientierte Austausch kam auf beiden Seiten sehr gut an.



„Die Aktivitäten in den Kreisgruppen sind die Basis für meine Tätigkeit als Regionalgeschäftsführerin. Sie sind direkt an den Menschen dran.“

► **Claudia Klee**

Regionalgeschäftsführerin in Gießen
giessen@paritaet-hessen.org



Die Regional-
geschäftsstelle
Offenbach

Mitgliederzuwachs in der Region

Das Engagement der Mitgliedsorganisationen des Paritätischen und der Regionalgeschäftsstelle zeigt in der Fläche Wirkung. Die Region konnte im Jahr 2023 einen ordentlichen Mitgliederzuwachs insbesondere im ländlichen Raum verzeichnen. Die Verankerung des Paritätischen konnte so gestärkt und die Sichtbarkeit des Paritätischen weiter erhöht werden.



Im Fokus: gesunde Unternehmen

Der Paritätische Nordhessen hat 2023 gemeinsam mit der Deutschen Kreditbank eine Veranstaltungsreihe gestartet, um seine Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartner näher über betriebliches Gesundheitsmanagement und Gesundheitsförderung zu informieren. Die Seminare fanden großen Anklang und dienen auch dazu, neue Initiativen anzustoßen sowie Erfahrungsaustausch und Vernetzung zu ermöglichen.

Als Expert*innen waren unter anderem Vertreter*innen von Krankenkassen geladen, aber auch Referent*innen verschiedener Organisationen wie Uwe Gabriel von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Kassel, Christian Klann, Netzwerkkoordinator und Clusterleiter Gesundheit bei der Regionalmanagement Nordhessen GmbH, und Petra Friedrich vom Integrationsamt des Landeswohlfahrtsverbands Hessen.

Betriebliche Gesundheitsförderung ist neben dem Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie dem Eingliederungsmanagement für länger erkrankte Mitarbeiter*innen eine wichtige Säule des Gesundheitsmanagements. In Zeiten, in denen Arbeitgeber*innen verstärkt um Personal werben müssen, ist sie durchaus ein Kriterium, das über die Attraktivität eines sozialen Unternehmens mitentscheiden kann.

„Auf der Suche nach freiwillig Engagierten macht Einzelkämpfertum keinen Sinn. Gemeinsam können wir die Vielfalt und Attraktivität des sozialen Engagements besser präsentieren.“

► Jörg Müller

Jörg Müller hat im September 2023 als Regionalgruppengeschäftsführer die Nachfolge von Rosa-Maria Hamacher übernommen. Zusammen mit Assistentin Silke Braun ist er für die Mitgliedsorganisationen in der Region Nordhessen da.

kassel@paritaet-hessen.org

Festival des Engagements

Als Mitglied der Kasseler Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement hat sich der Paritätische mit vielen seiner Mitgliedsorganisationen und Selbsthilfegruppen im Juli 2023 am Festival des Engagements beteiligt. Es fand erstmals statt mit dem Ziel, die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements und das breite Spektrum von Organisationen vorzustellen, die Engagierte suchen.

Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum stärken

Die Regionalgeschäftsstelle Offenbach hat sich 2023 verstärkt die strukturelle Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum zur Aufgabe gemacht. Der Mitmachtag in Friedberg war ein herausragendes Beispiel für diese Aktivitäten. Er bot eine Plattform für Bürger*innen, sich zu informieren und an sozialen Projekten zu beteiligen. Mitgliedsorganisationen des Paritätischen beteiligten sich aktiv an der Gestaltung und stellten ihre Arbeit vor.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine stabile Versorgung der Menschen mit Angeboten der sozialen Arbeit ist. Die Pandemie hat auch dazu geführt, dass der Bedarf an Unterstützung und Beratung anhaltend gestiegen ist: insbesondere im Hinblick auf psychische Belastungen und finanzielle Probleme infolge der gestiegenen Preise. Der Paritätische engagiert sich in der Region für einen Ausbau der sozialen Infrastruktur.

Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine

Infolge des Ukrainekrieges waren besondere Anstrengungen nötig, um die Geflüchteten unterzubringen und zu versorgen. Hier haben viele Mitgliedsorganisationen Großartiges geleistet. Auch beim Zugang zum Arbeitsmarkt wurden viele Geflüchtete mit gezielten Maßnahmen unterstützt, was den Betroffenen und ihren Familien auch beim Integrationsprozess eine große Hilfe ist.



„Unsere Mitgliedsorganisationen und die vielen Engagierten vor Ort sichern jeden Tag die soziale Infrastruktur in der Fläche. Es ist an der Politik, diese angemessen zu finanzieren und so für die Zukunft zu sichern.“

► Sven Malsy

Regionalgeschäftsführer in Offenbach
offenbach@paritaet-hessen.org



Warnung vor sozialem Kahlschlag

Höhere Steuereinnahmen als erwartet haben in Wiesbaden 2023 einen drohenden sozialen Kahlschlag erst einmal verhindert. Doch die Rathaus-Kooperation von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt hat ihren Plan, jährlich bis zu 25 Millionen Euro im Sozialetat einzusparen, nicht aufgegeben. Regionalgeschäftsführerin Heike Lange berichtet.

Frau Lange, Sie haben im September bei einer großen Kundgebung deutliche Worte für die Kürzungspläne der Wiesbadener Rathaus-Kooperation gefunden und vor der Gefährdung des sozialen Friedens in der Stadt gewarnt. Sind Sie mit dem Ergebnis des Protestes zufrieden?

Heike Lange: Das Bündnis aller freien Träger der sozialen Arbeit in Wiesbaden hat gezeigt: Wir ziehen an einem Strang. Wir haben in kurzer Zeit 13.000 Unterschriften für unsere Petition gegen die Kürzungspläne gesammelt und eine Kundgebung auf die Beine gestellt, an der sich 70 Organisationen, Vereine und Verbände beteiligt haben. Das ist ein deutliches Zeichen. Wir werden auch in Zukunft mit lauter Stimme gegen Kürzungspläne protestieren, denn die sind leider nicht vom Tisch.

Was würden Kürzungen bedeuten?

Kürzungen würden zu drastischen Einschnitten der Angebote aller sozialen Träger führen. Sie träfen Angebote für ältere Menschen ebenso wie für Kinder und Jugendliche sowie für Menschen mit Migrationshintergrund.

Teilhabe fördern

Mit zwei Projekten fördert die Paritätische Regionalgeschäftsstelle soziale und kulturelle Teilhabe: Das Inklusionsprojekt „Mein Lieblingsplatz“ rund um das dreirädrige Ape-Cafémobil und sein Service-Team locken im Schiersteiner Hafen viele Menschen an.

Kultur Mittendrin Wiesbaden vermittelt Freikarten von kulturellen Veranstaltungen an Menschen mit geringem Einkommen. Im Stadtteil Klarenthal wurde im Rahmen von Kultur Mittendrin 2023 das Projekt „Schatzkiste“ gestartet: Ältere Menschen erzählen Geschichten und Märchen aus ihrer Heimat, die von jungen Menschen schauspielerisch dargestellt werden.

„Die sozialen Einrichtungen in Wiesbaden benötigen angesichts der ständig wachsenden Aufgaben mehr Geld und nicht weniger.“

► Heike Lange

Regionalgeschäftsführerin in Wiesbaden
wiesbaden@paritaet-hessen.org

Sozialplan im Rheingau-Taunus-Kreis

Mit Fachveranstaltungen und politischen Gesprächen hat die Paritätische Kreisgruppe die Landratswahl im Rheingau-Taunus-Kreis begleitet. Sie begrüßt die Zusicherung des neu gewählten Landrats Sandro Zehner (CDU), 2024 erstmals eine Sozialplanung vorzulegen.

Neue Mitgliedsorganisationen 2023

- Aktive Medienwerkstatt Kassel, www.amks.info
- Ambulanter Pflegedienst Lebenshilfe Gießen gGmbH, Pohlheim, www.lebenshilfe-giessen.de
- Bewegungen e. V., Wiesbaden
- BildungsCenter Rhein-Main e. V. Rüsselsheim, www.bildungscenter-rm.de
- Brueckenbauer.Gelnhausen e. V., www.brueckenbauer.info
- Bürgerverein FamilienRat Marburg (BvFR Marburg) e. V., Cölbe, www.familienrat-marburg.de
- Die Fleckenbühler Hof Fleckenbühl gemeinnützige und mildtätige Gesellschaft mbH, Cölbe, www.die-fleckenbuehler.de
- Die Fleckenbühler Haus Frankfurt gemeinnützige und mildtätige Gesellschaft mbH, Frankfurt, www.die-fleckenbuehler.de
- Die wilden Zwerge e. V., Mühlheim am Main, www.wildezwerge.com
- donum vitae Landesverband Hessen e. V. zur Förderung des Schutzes des menschlichen Lebens, Darmstadt, www.donum-vitae-hessen.de
- Eichwaldhof e. V., Kassel
- EigenInitiative e. V., Kassel, www.eigeninitiative.org
- Elternverein Betreuende Grundschule Romrod e. V.
- KIBA – Verein für Kultur, Integration, Beratung und Arbeit e. V., Wiesbaden, www.kiba-ev.com
- InSL – Initiative Sprache.Lesen.Lernen e. V., Friedrichsdorf, www.sprachelesenlernen.de
- Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Kreisvereinigung Hochtaunus e. V., Bad Homburg, www.lebenshilfe-hochtaunus.de
- LiA Lebenswert im Alter gGmbH, Nidderau, www.alzheimer-mkk.de
- Lernpoint e. V., Friedberg, www.lernpoint-ev.de
- PaSo gGmbH – gemeinnützige Gesellschaft für partizipative Sozialarbeit mbH, Darmstadt, www.paso-ggmbh.de
- Perspektive Wohnen Stiftung des bürgerlichen Rechts, Eschborn, www.perspektive-wohnen.de
- RODNIK e. V. interkulturelles Zentrum für Begegnung, Beratung, Bildung, Fulda, www.engagiert-fulda.com
- Verein zur Förderung der Pädagogik-Vielfalt e. V., Frankfurt am Main
- Vitos gemeinnützige GmbH, Kassel, www.vitos.de



Aktive Medienwerkstatt Kassel

Fake News, Mobbing in sozialen Netzwerken und Chats, Online-Betrug – im zunehmend digitalisierten Leben sind wir mit einer Vielzahl von Risiken und Gefahren konfrontiert. Die Aktive Medienwerkstatt Kassel hat sich daher der Aufgabe verschrieben, vor allem die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Woran erkenne ich gefälschte Nachrichten und Bilder oder Fake-Shops? Wie kann ich vertrauenswürdige von fragwürdigen Quellen unterscheiden? Wie kann ich soziale Medien verantwortungsbewusst, selbstbestimmt und möglichst gefahrlos nutzen? All das lernen Kinder und Jugendliche in den Workshops und Projekten der Aktiven Medienwerkstatt. Und vor allem lernen sie es auf kreative Weise: Sie fotografieren, schreiben Geschichten, blicken hinter die Kulissen eines Kinos und drehen selbst Filme.

So produzierten Schüler*innen der Gesamtschule Melsungen beispielsweise im Sommer 2023 einen halbstündigen Spielfilm, in dem sie persönliche Erlebnisse und Fiktives im Bezug auf Rassismus und Mobbing verarbeitet haben. Im Mittelpunkt steht die Schülerin Olivia, die von Mitschüler*innen schikaniert wird und in ihrer Not auf einen gefährlichen Ausweg zusteuert. Der Film ist sowohl auf der Homepage der Aktiven Medienwerkstatt Kassel und auf deren Youtube-Kanal zu sehen unter dem

Titel „Love always Petze“. Entstanden ist der Film mit der Methode der biografischen Spielfilmpädagogik, die sowohl Medienkompetenzen als auch soziale Kompetenzen, das Selbstbewusstsein und die Selbstwirksamkeit, aber auch die Teamfähigkeit der Beteiligten fördert.

Dreharbeiten an der
Gesamtschule Melsungen.

Von der Kita bis zum Stadtteilzentrum

Die Aktive Medienwerkstatt Kassel ist 2022 an den Start gegangen. Mit viel ehrenamtlichem Engagement haben der Sozialpädagoge und Kommunikationswirt Benjamin Ulrich und die Sozialpädagogin Tatjana Koplack als Initiator*innen der Medienwerkstatt eine Vielzahl von Formaten zum Thema Medienpädagogik und Medienkompetenz entwickelt. Zur Zielgruppe gehören Kinder ab dem Kindergartenalter, Jugendliche und auch Erwachsene: Eltern, pädagogische Fachkräfte und Lehrer*innen, Schulen, Jugendzentren, Hortgruppen, Elterninitiativen und Stadtteilzentren. Bei einem Ideenwettbewerb der Universität Kassel hat die Aktive Medienwerkstatt Kassel den Sonderpreis „Social Entrepreneurship“ gewonnen.

Nähere Infos gibt es auf
www.aktive-medienwerkstatt-kassel.de

Bessere Unterstützung für Kinder von Inhaftierten

Es ist für Kinder eine schwer zu bewältigende Situation, wenn ein Elternteil – meist ist es der Vater – eine Haftstrafe verbüßen muss. Für eine bessere Unterstützung dieser jungen Menschen in Hessen engagiert sich der Verein AKTION – Perspektiven für junge Menschen und Familien e.V. Unter dem Namen „Aktion KiM – Kinder im Mittelpunkt“ hat der Verein 2020 ein Projekt für Kinder von inhaftierten Eltern und ihre Bezugspersonen gestartet. Dazu gehörten beispielsweise sozialpädagogische Unterstützung und Freizeitaktivitäten. In Kooperation mit dem Paritätischen Hessen veranstaltet der Verein auch Fachtage zu Herausforderungen und Perspektiven für die Arbeit mit Kindern von inhaftierten Eltern.

Landesfachstelle setzt Arbeit der Aktion KiM fort

Nach dem Auslaufen der dreijährigen Förderung der „Aktion KiM – Kinder im Mittelpunkt“ durch die Aktion Mensch wird die erfolgreiche Arbeit des Projekts nun von der hessischen Landesfachstelle im bundesweiten Netzwerk Kinder von Inhaftierten (KvI) fortgeführt. Die Landesfachstelle im „Netzwerk KvI – Hessen“ ist eine gemeinsame Initiative der Hessischen Ministerien für Soziales und Integration sowie Justiz in Kooperation mit „AKTION – Perspektiven für junge Menschen und Familien e.V.“ und der „Auridis Stiftung“. Die Landesfachstelle ist Anlaufstelle für betroffene Kinder und deren Eltern sowie für Fachkräfte, zum Beispiel in Kita und Schule oder bei Behörden. Sie macht sich dafür stark, die Versorgungsstruktur für Kinder und Jugendliche inhaftierter Eltern zu verbessern. Zum Beispiel:

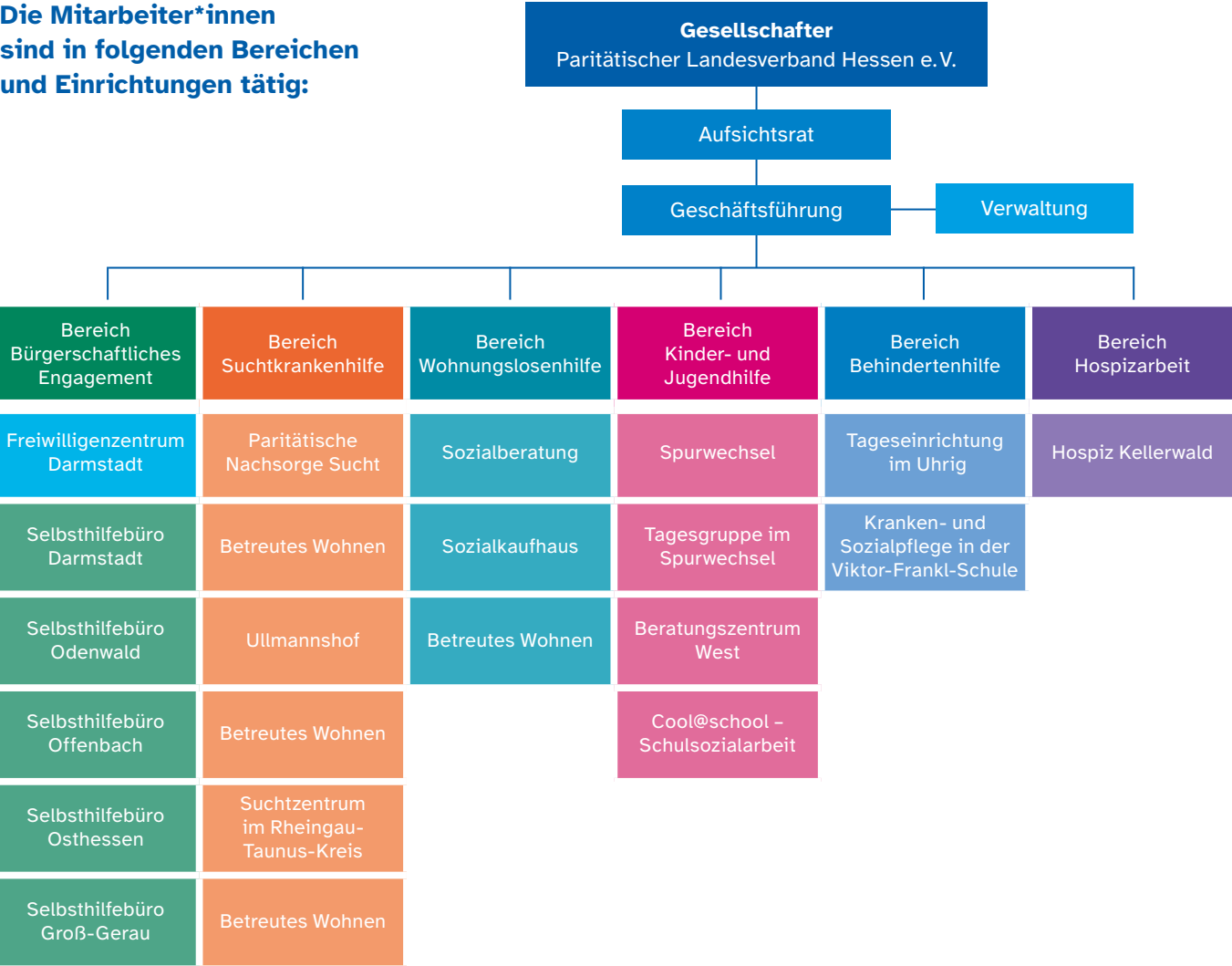
- indem Justiz und Jugendhilfe besser vernetzt werden.
- die Öffentlichkeit für die Belange von Kindern Inhaftierter sensibilisiert wird.
- Unterstützungsangebote ausgebaut und Fachkräfte gezielt qualifiziert werden.

AKTION – Perspektiven für junge Menschen und Familien e.V.

Den Verein AKTION – Perspektiven für junge Menschen und Familien e.V. gibt es seit 1968. Er ist in der Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe sowie Sozialarbeit mit benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen tätig.

Weitere Infos: www.aktion-verein.org

Die Mitarbeiter*innen sind in folgenden Bereichen und Einrichtungen tätig:

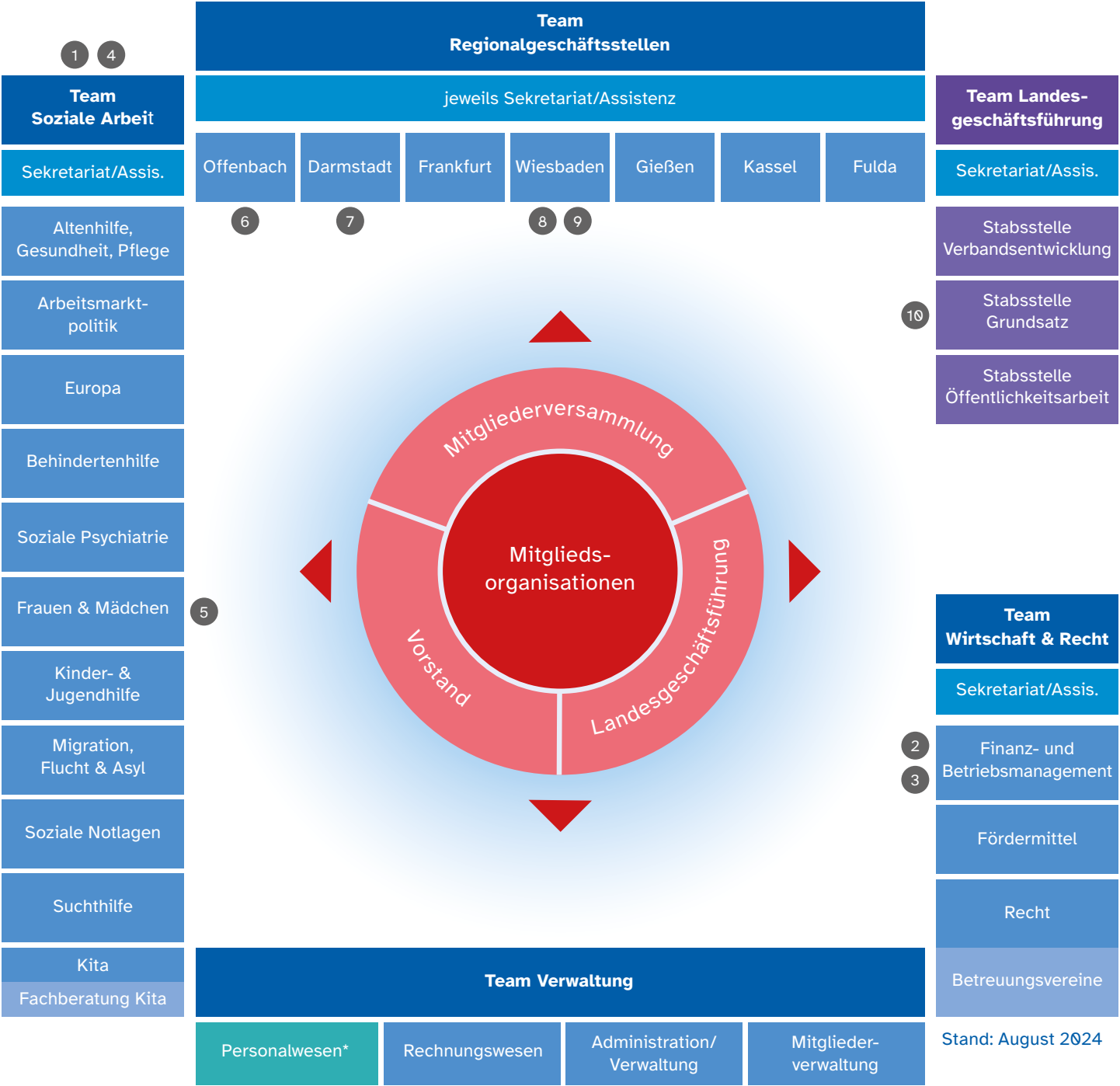


**Paritätische Projekte
gemeinnützige Gesellschaft mbH**

Die Paritätische Projekte gemeinnützige GmbH wurde im Jahr 2000 als 100-prozentige Tochtergesellschaft des Paritätischen Hessen gegründet. Als Trägerin unterschiedlicher sozialer Einrichtungen und Dienste in Hessen, die in vielfältigen Feldern sozialer Arbeit aktiv sind, ist die Paritätische Projekte gemeinnützige GmbH stets der Unterstützung und Förderung, Ausbildung, Beschäftigung und (Wieder-)Eingliederung der ihr anvertrauten Menschen verpflichtet. Insbesondere den von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzten oder von Ausgrenzung bedrohten Menschen und sozialen Gruppen gilt ihr Engagement.

Durch die Einrichtungen unter dem Logo und Namen des Paritätischen trägt die Tochtergesellschaft zur positiven Wahrnehmung der Marke Parität bei Nutzer*innen der sozialen Arbeit sowie bei (potenziellen) Mitarbeiter*innen und der lokalen Öffentlichkeit bei.

Kontakt
 Paritätische Projekte
 gemeinnützige GmbH
 Lurgiallee 14
 60439 Frankfurt am Main
 Telefon: 0 69 / 2 47 47 34 30
 E-Mail: info@paritaet-projekte.org
www.paritaet-projekte.org
www.paritaet-selbsthilfe.org
www.freiwilligenzentrum-darmstadt.org



* Kooperation mit der Paritätischen Projekte gGmbH

- Projekte**
- 1 Fachkräftesicherung – Ausbildung für alle
 - 2 Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB)
 - 3 Paritätische Expert*innenvermittlung
 - 4 Bürgerschaftliches Engagement
 - 5 Landeskoordinierungsstelle der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend
 - 6 Qualitätsprogramm Offenbach
 - 7 behindART
 - 8 Kultur Mittendrin, inklusives Kulturbüro
 - 9 Schierstein – Inklusion für alle
 - 10 Klimaschutz im Paritätischen Hessen

Bildnachweis

- Cover: Barbara Helfrich
 S. 4 Angelika Stehle
 S. 6 iStock
 S. 7 Angelika Stehle
 S. 8 iStock
 S. 9 Angelika Stehle
 S. 10 iStock
 S. 12 iStock
 S. 13 Angelika Stehle
 S. 14 Nadja Viehmann, Paritätische Nachsorge Sucht, Gilserberg, Paritätische Projekte gGmbH
 S. 15 Angelika Stehle
 S. 16 Der Paritätische Gesamtverband
 S. 18 Angelika Stehle, iStock
 S. 19 iStock
 S. 20 Peter Jülich
 S. 21 Angelika Stehle, iStock
 S. 22 iStock
 S. 23 Angelika Stehle, iStock
 S. 24 iStock
 S. 25 Angelika Stehle
 S. 26 iStock
 S. 27 iStock
 S. 28 Angelika Stehle
 S. 29 Uta Mosler, Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e.V.
 S. 30 Barbara Helfrich
 S. 31 Angelika Stehle, iStock
 S. 32 Angelika Stehle, iStock
 S. 33 Angelika Stehle, iStock
 S. 34 iStock
 S. 35 Angelika Stehle, iStock
 S. 36 Angelika Stehle, Der Paritätische Hessen
 S. 37 Angelika Stehle, iStock
 S. 38 Barbara Helfrich
 S. 39 Angelika Stehle
 S. 42 Bettina Wickert-Kraft/Privat, Angelika Stehle, iStock
 S. 43 Angelika Stehle, iStock
 S. 44 Karola Günther, FotoWerk Fulda
 S. 45 Maurice Jelinski, mindlapsmedia, Angelika Stehle
 S. 46 Silke Braun
 S. 47 Ulrike Bauer, Angelika Stehle
 S. 48 Der Paritätische Hessen Regionalgeschäftsstelle Wiesbaden, Angelika Stehle
 S. 49 iStock
 S. 50 Aktive Medienwerkstatt Kassel
 S. 51 iStock

Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Hessen e. V.

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 / 95 52 62-0
 Fax: 0 69 / 55 12 92
 E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org

Redaktion: Ulrike Bauer, Barbara Helfrich
 Layout: Markus Rühl

V. i. S. d. P.: Dr. Yasmin Alinaghi
 Landesgeschäftsführerin
 Auflage: 500, August 2024



Mit diesem QR-Code können Sie ein PDF des Jahresberichts von der Website des Paritätischen Hessen herunterladen.



HÄNDE REICHEN. WERTE SCHÜTZEN.

Ihr Interessenvertreter in allen Versicherungsangelegenheiten der Sozialwirtschaft

Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des Paritätischen Hessen

- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

UNION Versicherungsdienst GmbH
Lyoner Straße 20 • 60528 Frankfurt
Telefon +49 69 957345-0
info@union-paritaet.de
www.union-paritaet.de

Ein Unternehmen
des Paritätischen

